

# FÖBE

Förderung  
Bürgerschaftlichen  
Engagements

Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement

Geschäftsführung FÖBE

## Fünfter Bericht des Fachbeirates für Bürgerschaftliches Engagement an den Stadtrat der Landeshauptstadt München

Oktober 2019

<b>1.</b>	<b>Die Zivilgesellschaft ist treibende Kraft für neue gesellschaftliche Bewegung</b>	<b>S. 3</b>
<b>2.</b>	<b>Die Förderpolitik der Stadt: Vielfältig und konsequent</b>	<b>S. 5</b>
a.	Bürgerschaftliches Engagement in München – eine Erfolgsgeschichte geht weiter	S. 5
b.	Zusätzlich zu „München dankt!“ jetzt auch die Ehrenamtskarte	S. 7
c.	Zusammenarbeit von Verwaltung und Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement gelingt	S. 7
<b>3.</b>	<b>Bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel – die vernetzte Infrastruktur der Zukunft vor Ort</b>	<b>S. 7</b>
<b>4.</b>	<b>Förderung und Finanzierung von Initiativen vereinfachen</b>	<b>S.13</b>
<b>5.</b>	<b>Nachhaltigkeitsstrategien in München brauchen mehr Unterstützung</b>	<b>S.15</b>
<b>6.</b>	<b>Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship: Gesellschaftliche Herausforderung auf unternehmerische Art lösen</b>	<b>S.20</b>
<b>7.</b>	<b>Elternbeiräte institutionell fördern, auch den Gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen</b>	<b>S.23</b>
<b>8.</b>	<b>Ehrenamtspreis für Projekte initiieren</b>	<b>S.25</b>
<b>9.</b>	<b>Bisherige Handlungsempfehlungen und Stadtratsbeschlüsse</b>	<b>S.27</b>
a.	Stadtratsbeschlüsse und Beschlussempfehlungen, die weiterverfolgt oder umgesetzt werden	S.27
b.	Relevante, unerledigte Beschlussempfehlung	S.32
<b>10.</b>	<b>Neue Personen und Themen im Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement</b>	<b>S.34</b>
a.	Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Fachbeirats	S.34
b.	Ausweitung der Arbeitsweise des Fachbeirats	S.34
c.	Mitwirkende im Fachbeirat und Kurzbeschreibung ihrer Tätigkeiten	S.36
<b>11.</b>	<b>Beschlussempfehlungen</b>	<b>S.37</b>
	<b>Anhang</b>	<b>S.41</b>
	• Beschreibung der Entwicklung von gemeinnützigen Organisationen und die damit auftretenden unterschiedlichen förderpolitischen Herausforderungen je nach Entwicklungsstand	S.41
	• Social Entrepreneurship	S.42

# 1. Die Zivilgesellschaft ist treibende Kraft für neue gesellschaftliche Bewegungen

## Vom vielfältigen gesellschaftlichen Engagement für Geflüchtete zur Bewegung für Klimaschutz.

Seit dem letzten Bericht des Fachbeirats 2017 ist die politische und mediale Aufmerksamkeit für die Ehrenamtlichen und Freiwilligen in der Flüchtlingsarbeit deutlich zurückgegangen. Obwohl oder gerade weil eine massive Polarisierung durch die Zuwanderung von Geflüchteten europa-, ja sogar weltweit zugenommen hat, ist das ehrenamtliche Engagement in München nicht eingebrochen. Die politische und öffentliche Aufmerksamkeit hat sich viel stärker mit rechten Gruppierungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Demokratiegefährdung beschäftigt und sogenannten „besorgten Bürgerinnen und Bürgern“ viel Platz eingeräumt.

Gerade Spitzenpolitiker der bayerischen Staatsregierung haben durch ihre fast tägliche Thematisierung der Flüchtlingsentwicklung, z.B. mit Aussagen wie die „Mutter aller Probleme“, die Stimmung angeheizt und Ängste geschürt. Es wurden Scheinlösungen zur Abschiebung postuliert und eine dauerhafte Begrenzung der Flüchtlingsbewegung suggeriert. Freiwillige und auch professionelle Helferinnen und Helfer aus der Flüchtlingsarbeit herauszuhalten, ist z.T. immer noch die Absicht. Abschreckungsszenarien sind politisch wichtiger als humane Hilfe. Sie werden in Ankerzentren symbolisch praktiziert und Menschenrechte bewusst außer Acht gelassen. Die deutlichen Verschlechterungen bei der Integrationsarbeit z.B. bei der Behinderung der von der Handwerkskammer und Industrie- und Handelskammer geforderten 3+2 Lösung bei der Ausbildung hat viele ehrenamtlich Engagierte geschockt und frustriert. Dabei ging es diesen Spitzenpolitikern mehr um die Angst, Wählerinnen und Wähler an die AfD zu verlieren und den Glauben, durch die Übernahme von rechten Parolen die Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen. Es störten auch die vielen Zwischenrufe und Mahnungen von gesellschaftlichen Gruppierungen, etwa der Kirchen oder der Wohlfahrt nicht.

Häufig wurden täglich über die Medien die Ängste der Bürgerinnen und Bürger geschürt oder bestätigt, anstatt Verantwortung für das gesellschaftliche Klima zu übernehmen und sich gegen die rechten Parolen zu positionieren. Auch die zahlreichen konkreten Hilfsmaßnahmen zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten, die in vielen bayerischen Kommunen – wie auch in München – beschlossen und umgesetzt wurden, fanden wenig Berücksichtigung. Kommunale Verantwortung und fortdauerndes Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger standen im Widerspruch zur öffentlichen Wahrnehmung rechter Positionen.

Der Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement 2017 ließ Personen aus den Helferinnen- und Helferkreisen zu Wort kommen, die diese Entwicklungen bereits angesprochen haben und forderte auch die Münchner Politikerinnen und Politiker – sicher zu undifferenziert – auf, sich in den Dialog mit den Helfergruppen zu begeben. Dies ist nach wie vor aktuell.

Der Frust und Zorn über die menschenverachtenden Haltungen der Abschottung und mangelnden Hilfeleistungen hat sich bis heute erhalten, z.B. in Bezug auf die Einrichtung von Ankerzentren und das katastrophale Ertrinken-lassen von Geflüchteten im Mittelmeer.

Im Sommer und Herbst 2018 hat sich in mehreren politischen Aktionen die Wut der Ehrenamtlichen und vieler anderer in großen Solidaritätsaktionen Luft gemacht. Wieder ging ein deutliches

Zeichen von der Zivilgesellschaft aus. Unter dem Motto #ausgehetzt - gegen eine Politik der Angst riefen rund 130 zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer Demonstration auf, die auf dem Königsplatz Asylhelferkreise aus ganz Bayern mit Initiativen für Menschenrechte und Demokratie, mit Trachtlerinnen und Trachtlern, Kirchenvertreterinnen und -vertretern sowie den bis dahin „leise Engagierten“ vereinte. München war nicht nur Veranstaltungsort, sondern hat als Stadt, auch durch ihren obersten Vertreter OB Dieter Reiter klar zu verstehen gegeben, dass sie sich nicht durch rechte Parolen spalten lasse.

Die großen Demonstrationen zu #ausgehetzt, #ausspekuliert und #mirhamssatt, das Volksbegehren Artenschutz oder der Radentscheid sowie das immer stärker werdende Bewusstsein für eine Nachhaltigkeitsstrategie für München, lassen eine wache und aktive Zivilgesellschaft erkennen, die für unsere Stadt wertvoll und mutmachend ist.

Seit 2019 hat sich durch die ‚Fridays for Future Bewegung‘ die Aufmerksamkeit noch einmal öffentlich verändert. Der große Einsatz vieler Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen u.a. aus der Wissenschaft und der Elterngeneration dieser Schülerinnen und Schüler wird zu einem neuen freiwilligen Engagement von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aus dieser Bewegung führen.

Aufgabe vor allem der Fachexpertinnen und -experten aus der Verwaltung und des Stadtrates ist es, frühzeitig die Kommunikation zu suchen und Fördermöglichkeiten und Unterstützungsmaßnahmen mit den Akteurinnen und Akteuren zu planen, um das Engagement langfristig zu sichern.

**Diese Forderung soll nicht den Blick dafür verstellen, dass München in der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements bereits gut aufgestellt ist. Am hohen Interesse, Umfang und Stellenwert des Bürgerschaftlichen Engagements, der Anerkennung durch die Politik und der positiven Zusammenarbeit von Verwaltung und Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement drückt sich auch die Förderpolitik der Landeshauptstadt München aus.** Darauf nimmt der Bericht im Folgenden sowie in der Rückschau auf die bisherigen Beschlussempfehlungen Bezug.

Daneben gibt es in einer lebendigen, sich rasant entwickelnden Stadt Themen und Engagementfelder, die weiterentwickelt und gefördert werden müssen. Für diesen Berichtszeitraum wurden folgende Themenfelder in den Blickpunkt gerückt:

- Vernetztes Bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel
- Förderung und Finanzierung auch kleinerer Initiativen
- Nachhaltigkeitsstrategie für München
- Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship
- Ehrenamt an Schulen, zur Situation des gemeinsamen Elternbeirats an Grund- und Mittelschulen
- Vergabe eines Preises für Bürgerschaftliches Engagement in München.

Da sich in der Zusammensetzung und Arbeitsweise des Fachbeirats einiges geändert hat, informiert der Bericht auch über aktuelle Entwicklungen im Fachbeirat, bevor abschließend die zentralen Handlungsempfehlungen gebündelt werden.

## Handlungsempfehlung

Frühzeitige, kontinuierliche Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und proaktives Zugehen der Stadt- und Verwaltungsspitzen auf die Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Bewegungen sind das Gebot der Stunde. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt sollten sich Zeit nehmen für die Engagierten – hingehen – hinhören und Strukturen für einen Austausch fördern, damit diese, die Demokratie stärkenden Bewegungen, von Dauer sind.

Dies gilt auch und besonders für die Ehrenamtlichen in den Unterkünften und Asylhelferkreisen. Stadt- und Verwaltungsvertretungen sollten hingehen, fragen, wie es den Engagierten geht und sie informieren, wohin sie sich bei Problemen wenden können, damit sie in diesem herausfordernden Ehrenamt durchhalten.

## **2. Die Förderpolitik der Stadt: Vielfältig und konsequent**

### **a. Bürgerschaftliches Engagement in München – eine Erfolgsgeschichte geht weiter**

**Die finanzielle Verlässlichkeit der letzten Jahre zahlt sich aus. In München engagieren sich nahezu 50% der Münchnerinnen und Münchner über 18 Jahren<sup>1</sup>. Zum Münchner Lebensgefühl gehört es, für andere etwas zu tun und Teil einer aktiven Stadtgesellschaft zu sein.**

**Die Förderung von BE durch die Stadt hat über viele Jahre kontinuierlich zugenommen** und trotz einiger Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen kam es zu keiner massiven Streichung von Angeboten. Hier erlebt der Fachbeirat die Stadt München im Gegensatz zu anderen Kommunen, die Bürgerschaftliches Engagement nur als vereinzelte Aktivität ansehen, als vorbildliche und verlässliche Zuschussgeberin.

Sehr erfreulich ist, dass sich die Regelförderung für das Bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahren ausgeweitet hat. Infrastruktureinrichtungen wie die Freiwilligen-Agenturen Taten-drang und Gute-Tat, die Freiwilligenzentren der Caritas und FÖBE, die Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement sowie der Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement werden ebenso mit einem beachtlichen Volumen gefördert, wie das Selbsthilfezentrum mit seinem Selbsthilfefonds, der vielfältigen Anforderungen genügen muss und zudem begrenzt für Initiativen des Bürgerschaftlichen Engagements einspringt. Die mannigfaltige Förderung von Trägern ist ein weiteres Kennzeichen dieser positiven Praxis. Dazu zählen zum Beispiel: Diakonie Moosach, Licherkette, GreenCity, Weißer Rabe, Verein Freundschaft zwischen Ausländern und Deutschen, Innere Mission, Arbeiterwohlfahrt, Paritätischer Bayern, InitiativGruppe, Caritas, Verein Frauenwohnen, Münchner Flüchtlingsrat, Freiwilligendienste und ihre unterschiedlichen Anbieterinnen und Anbieter u.a.m.

---

<sup>1</sup> Laut der Münchner Bürgerbefragung von 2016 gaben 49% der Befragten an, dass sie sich in den letzten zwölf Monaten freiwillig engagiert hätten. Damit sind in München rund 600.000 Personen über 18 Jahren freiwillig und ehrenamtlich tätig. Die meisten Befragten engagieren sich in Sport und Bewegung (20%) mit mehr als 40 Stunden pro Jahr, gefolgt vom sozialen Bereich (19%), sowie in den Themenfeldern Kultur und Musik (17 %). Je jünger die Befragten sind, umso häufiger engagieren sie sich ehrenamtlich (55 % der 18- bis 29-jährigen versus 43 % der Befragten ab 60 Jahren). Jüngere Befragte sind häufiger in Sport und Bewegung ehrenamtlich tätig, während es im sozialen Bereich kaum Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt. <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/4480186.pdf>

Sehr erfreulich ist, dass die Finanzierung, die in 2014/2015 für drei Jahre als einmalige Förderung für viele Bereiche in der Flüchtlingsarbeit angesetzt war, im Jahr 2018 eine Verstetigung bzw. Neuorientierung erfuhr.

Ebenso positiv bewertet der Beirat die Übernahme der Förderung von IBPro, das bis 2018 das Referat für Arbeit und Wirtschaft als Zuschussgeber hatte, durch das Sozialreferat.

### **Bürgerschaftliches Engagement fußt klassischerweise auf drei Säulen.**

Die erste Säule Bürgerschaftlichen Engagements stellen selbstorganisierte Gruppen dar. Die Engagierten benötigen in der Regel für ihr Engagement keine vermittelnde Organisation, sondern werden selbstorganisiert tätig und gründen Vereine und Initiativen. Das zweite Standbein ist das traditionelle Ehrenamt im Rettungsdienst, beim Sport, bei der Kirche, im Schöffendienst oder als Gemeinde-, Stadträtin/Stadtrat. Traditionsreiche Verbände und Dienste rekrutieren die Ehrenamtlichen aus ihren eigenen Reihen. Als drittes gibt es darüber hinaus eine große Zahl von Menschen, die im Bereich des vermittelten und unterstützten Engagements sowie der Selbsthilfe freiwillig tätig werden. Sie setzen sich zusammen mit Hauptberuflichen für Zielgruppen, wie z.B. Seniorinnen und Senioren, Kinder und Jugendliche, geflüchtete Menschen oder Menschen mit Behinderungen ein, engagieren sich für die Umwelt sowie in der Kultur oder sind in Selbsthilfegruppen aktiv.

Freiwilligen-Agenturen und entsprechende Kontaktstellen werden von diesen Interessierten genutzt und fast jede zehnte Person, die freiwillig engagiert ist, gab als Anstoß für ihr Engagement diese Informations- und Kontaktstellen an. 1999 waren sie nur von jeder dreißigsten, engagierten Person als Anstoß benannt worden.<sup>2</sup> Im Zeitvergleich sind diese also wichtiger geworden.

**Die Münchner FreiwilligenMesse** ist weiterhin ein Besuchermagnet. In 2019 fanden 5.300 Interessierte den Weg in den Gasteig und 80% der Befragten gaben an, ein für sie passendes Ehrenamt gefunden zu haben. Zwei stadtteilbezogene Ehrenamtsmessen in Hadermühl und Harlaching nehmen sich im Herbst 2019 die große Messe im Gasteig als Vorbild und erweitern so diese Informationsmöglichkeit in die Stadtteile hinein.

**Nicht nur das Sozialreferat fördert die Infrastruktureinrichtungen** des Bürgerschaftlichen Engagements seit über 35 Jahren und inzwischen mit einem Haushaltsvolumen von sechs Millionen Euro, auch andere Referate gewähren Bürgerschaftlichem Engagement Zuschüsse in vielerlei Hinsicht. Ein weiteres positives Signal ist, dass es in jedem städtischen Referat unter der Koordination des Direktoriums eine/n Beauftragte/n für Bürgerschaftliches Engagement gibt. Hervorgehoben seien das Kulturreferat, das Referat für Bildung und Sport und das Referat für Gesundheit und Umwelt, die mittlerweile ganz- oder halbtags beschäftigte Fachkräfte finanzieren. Mit dieser Stärkung der Ressourcen in der Verwaltung kann auch die Vernetzungsarbeit zwischen Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren erfolgreich weitergeführt und ausgebaut werden. Die Anschlussfähigkeit und der fachliche Zugang zu zivilgesellschaftlichen Projekten und Organisationen sind dadurch wesentlich effektiver geworden.

---

<sup>2</sup> [www.bmfsfj.de/](http://www.bmfsfj.de/) Freiwilligensurvey 2014

## **b. Zusätzlich zu „München dankt!“ jetzt auch die Ehrenamtskarte**

Großes Lob an den Stadtrat dafür, dass er die Übernahme der Bayerischen Ehrenamtskarte beschlossen und zudem die langjährige, eigene Form der Münchner Anerkennung für das Ehrenamt, die Urkunde „München dankt!“ beibehalten hat. Erfreut sich doch diese Urkunde breiter Beliebtheit. Seit 2009 wurden 6000 Urkunden „München dankt!“ überreicht und der Trend steigt weiter an. Es ist absolut anerkennenswert, dass es nun auch noch einen schnellen Start der Ehrenamtskarte in 2019 gibt. Damit ist ein zusätzliches Instrument geschaffen, das ehrenamtliche Engagement der Münchnerinnen und Münchner in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

## **c. Zusammenarbeit von Verwaltung und Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement gelingt**

Die Verwaltung greift Beschlüsse des Stadtrates und Handlungsempfehlungen des Fachbeirats für Bürgerschaftliches Engagement auf und setzt sie selbst oder mit Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft um. Dies soll in Kapitel 9 an Stadtratsbeschlüssen und Handlungsempfehlungen, die weiterverfolgt oder umgesetzt wurden, illustriert werden.

## **3. Bürgerschaftliches Engagement im Stadtviertel – die vernetzte Infrastruktur der Zukunft vor Ort**

**Das Stadtviertel gewinnt für Stadtbewohnerinnen und -bewohner an Bedeutung. Sie wollen sich engagieren und ihren Nahraum mit eigenen Ideen gestalten. Dafür braucht es eine vernetzte Infrastruktur des Bürgerschaftlichen Engagements vor Ort.<sup>3</sup>**

### **Bewohnerinnen und Bewohner haben eigene Ideen und Energie**

Viele Münchnerinnen und Münchner fühlen sich eng mit ihrem Stadtviertel, in dem sie leben verbunden. Der Nahraum ist Lebensraum und -qualität und gewinnt an Bedeutung, auch was das eigene Engagement „gleich um die Ecke“ betrifft. Menschen wollen Gutes tun, sich mit eigenen Talenten einbringen und selbst Ideen umsetzen. Das Stadtviertel prägt mit seinen Gestaltungsmöglichkeiten die Bewohnerinnen und Bewohner und legt den Grundstein für gesellschaftliches Miteinander. In jeder Schicht und in jedem Milieu gibt es unterschiedliche Potenziale für Engagement. Dafür sind spezifische Zugänge und Kommunikationsformen zu schaffen.

München wächst und hat enormen Zuzug zu bewältigen. Große Neubaugebiete, neue Stadtteile und Bestandsquartiere mit Nachverdichtungen werden die Stadt in naher Zukunft prägen. Ziel sollte es sein, auch über gesellschaftliches Engagement sozialen und räumlichen Zusammenhalt zu fördern und Sozialräume gegenseitiger Aufmerksamkeit und Gemeinschaft zu schaffen. Engagement bringt zusammen und hält zusammen. Dabei geht es darum, zu stärken, was schon

---

<sup>3</sup> Bürgerinnen und Bürger haben verschiedene Zugänge zu ihrem Nahraum. Begrifflich werden „Stadtviertel“ – „Quartier“ und „Sozialer Nahraum“ synonym verwendet und beziehen sich auf das Wohnumfeld, den geographisch nahen Raum, der auch den allgemeinen Versorgungsaspekt einschließt. „Sozialraum“ hingegen bezieht sich auf die räumliche Dimension eines sozialen Beziehungsnetzwerks, das auch über den geographischen Nahraum hinausgehen kann.

vorhanden ist, zu ermutigen, etwas anzupacken und die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Umsetzung ihrer Ideen zu begleiten.

In jedem Stadtviertel gibt es unterschiedliche Formen des Engagements. „**Formelles Engagement**“ geschieht in sozialen, kulturellen oder ökologischen Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, in klassischen Ehrenämtern wie im Sport, bei Rettungsdiensten oder in der Wohlfahrt und in Vereinen, die überwiegend ehrenamtlich aufgestellt sind. „**Informelles**“ Engagement meint selbstorganisierte Initiativen, die auf Gegenseitigkeit beruhen und sich in nachbarschaftlicher sowie sozialraumnaher Hilfe ohne institutionelle Bindung ausdrücken.

## Angebote im Stadtviertel sind meist nach Zielgruppen versäult

In der Zukunftsplanung der Stadt ‚Perspektive München‘ ist die „solidarische und engagierte Stadtgesellschaft“ neben der „offenen und attraktiven Ausstrahlung“, den „qualitätsvollen und charakteristischen Stadträumen“ sowie „der weitsichtigen und kooperativen Steuerung“ als vierte strategische Leitlinie der Stadtentwicklung benannt. Unter der Leitlinie „Solidarische und engagierte Stadtgesellschaft“ ist zu lesen, dass Stadtteilarbeit, Engagement und Selbsthilfe im Quartier gestärkt werden sollen. Diese Ansätze ermutigten den Fachbeirat, das Bürgerschaftliche Engagement im Stadtviertel als wichtiges Anliegen vorzustellen.

Derzeit gibt es vielfältige Infrastruktureinrichtungen im Stadtviertel, die sich als systematisches Angebot über fast alle Stadtteile ziehen. Dabei dominieren die Angebote des Sozialreferates, des Kulturreferates und der Referate für Bildung und Sport, Arbeit und Wirtschaft sowie Gesundheit und Umwelt. Deren Angebote sind stark auf Zielgruppen ausgerichtet: Alten- und Servicezentren, Jugendzentren, Mütter- und Familienzentren, Asylhelferkreise oder Flüchtlingsunterkünfte, Freiwilligenzentren, Bildungslokale, Kindertageseinrichtungen und Schulen mit Mittagsbetreuung. Daneben gibt es Einrichtungen, wie zum Beispiel die Nachbarschaftstreffs oder die Kulturhäuser, die zielgruppenübergreifend arbeiten. Die allermeisten dieser Häuser und Einrichtungen werden von freien Trägern der Wohlfahrt oder der Stadt angeboten.

Dennoch ist in unterschiedlichem Ausmaß vor Ort eine starke Eigenständigkeit und Abgrenzung der Angebote an der Tagesordnung. Darin lässt sich auch die Produktlogik der Referate erkennen.

Das Ausmaß der Öffnung zum Ehrenamt ist ebenso unterschiedlich ausgeprägt. Viele dieser zielgruppenspezifischen Zentren arbeiten mit Freiwilligen. Sie verfügen über ein mehr oder weniger personell gut ausgestattetes Freiwilligenmanagement, das die Ehrenamtlichen an die jeweilige Organisation bindet. Schulen und Kindertageseinrichtungen, die eine hohe Anzahl von Kindern, Jugendlichen und Eltern erreichen, sind hingegen erst auf einem vorsichtigen Weg der Öffnung für Bürgerschaftliches Engagement. Traditionell sind die Elternbeiräte hier das Ehrenamt.

Bei den Angeboten der freien Träger fehlen bei den Schwerpunktsetzungen, in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen zwischen Referaten und Zuschussnehmern die Ziele zur Vernetzung und damit ebenfalls die dafür nötigen Zeitressourcen.

REGSAM vernetzt regelmäßig die hauptberuflichen Anbieterinnen und Anbieter über die Fachbasis. Die Mitarbeitenden bleiben häufig auf die Handlungsfelder bezogen. Für das Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement gibt es derzeit kein Treffen der „Fachbasis“. Hinzu kommt, dass die nicht von der Stadt geförderten Initiativen und Projekte und vor allem die Vereine in den



Quartieren oder die Kirchengemeinden mit ihren Angeboten für Seniorinnen, Senioren und Familien nicht aktiv mit vernetzt werden.

Im Stadtviertel selbst gibt es keine Akteurin oder keinen Akteur auf professioneller Ebene, keinen Arbeitskreis, der sich allein den Entwicklungen im gesellschaftlichen Engagement widmet oder die Konzepte für Bürgerschaftliches Engagement in Austausch bringt. Zwar arbeiten alle Infrastruktureinrichtungen inzwischen mit der Ressource freiwilliges Engagement und es gründen sich Vereine und Initiativen vor Ort, die auf das Ehrenamt setzen. Aber sie sind selten gegenseitig durchlässig oder setzen sich systematisch mit dem gewandelten Ehrenamt auseinander, obwohl ein Teil ihrer Zukunftsfähigkeit vital an das Gewinnen von freiwillig Engagierten gebunden ist. Die engagierten Personen hingegen haben sich bereits aus einer klassischen Milieubindung entfernt und sind in verschiedenen Initiativen und Vereinen gleichzeitig tätig.

Quartiersmanagement in den Stadtvierteln erfolgt derzeit, wenn überhaupt, ebenso in der Referatslogik, also handlungsfeldbezogen. Themen- oder feldübergreifendes Quartiersmanagement gibt es kaum und wenn doch, hat es meist keinen expliziten Auftrag Bürgerschaftliches Engagement zu vernetzen. Die wenigen Angebote, wie die Nachbarschaftstreffs und die Freiwilligenzentren holen selten die Akteurinnen und Akteure des Bürgerschaftlichen Engagements vor Ort an einen Tisch. Vereine, kleinere Initiativen, Mikroengagement wie z.B. viele individuelle Nachbarschaftshilfen werden nicht vernetzt, selten eingebunden oder gar gefördert.

## Vorhandene Akteure brauchen Stärkung und Förderung bei der Vernetzung

### **Koordiniertes, vernetztes Vorgehen im Quartier zu Bürgerschaftlichem Engagement.**

Bürgerschaftliches Engagement muss zu einer Querschnittsaufgabe aller Beteiligten im Quartier werden. Dabei darf das Stadtviertel nicht nur territorial und geographisch aufgefasst werden, sondern auch als ein Begegnungsraum, den sich die Bewohnerinnen und Bewohner über ihr Engagement aneignen und den sie gestalten.

Es braucht jemanden vor Ort, der/die vernetzt, Perspektiven zusammenbringt und Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema hält. Da es viele Akteurinnen und Akteure im Stadtviertel gibt, braucht es zur Umsetzung keine weitere, neue Infrastruktur.

Es könnte zum Beispiel jemand, der/die gut vernetzt ist und ein Interesse an weiterer Vernetzung hat, diese Aufgabe der Koordination übertragen bekommen. Netzwerkarbeit ist Beziehungsarbeit und braucht daher kommunikative Akteurinnen und Akteure gleich welcher Trägerschaft, die Freude daran haben mit anderen zu kooperieren.

### **Übergreifende Vernetzungseinrichtungen für alle Engagementgruppen.**

Als Vernetzungseinrichtungen eignen sich am besten Infrastruktureinrichtungen ohne einschränkende Zielgruppe wie Kulturhäuser und Nachbarschaftstreffs, denn sie sind über alle Stadtviertel gestreut. Die Nachbarschaftstreffs in allen Münchner Stadtteilen fördern das informelle Engagement vor Ort. Sie bieten Gestaltungs-Räume, beleben das demokratische Miteinander und lassen Talente vor Ort zur Wirkung kommen.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> In zwei Studien (zuletzt „Wirkungsanalyse. Quartierbezogene Bewohnerarbeit – Nachbarschaftstreffs“) wird attestiert, dass es bereits mit den bisher sehr begrenzten personellen Ressourcen in den Nachbarschaftstreffs erkennbar gelingt, Menschen darin zu unterstützen, ihre Anliegen zu artikulieren und selbst weiter zu verfolgen. Stadtbewohnerinnen und -bewohner übernehmen dabei zunehmend Verantwortung und erfahren, dass ihr Handeln wirksam ist

Die Kulturhäuser signalisieren mit ihrem Statement „noch engagementfreundlicher“ werden zu wollen, dass sie sich auf das veränderte Ehrenamt einstellen und neue Wege gehen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit dieser Akteurinnen und Akteure mit FÖBE und den Freiwilligen-Agenturen und -zentren oder dem Selbsthilfzentrum als Kompetenzstelle für Selbstorganisation sollte ein erster wichtiger Schritt sein, sich mit den Veränderungen im gesellschaftlichen Engagement vertraut zu machen, um sich darauf einstellen zu können. Ein zweiter Schritt könnten projektübergreifende, gemeinsame Fortbildungen für Ehrenamtliche sein, die aus verschiedenen Zentren kommen. Drittens sollten die gemeinnützigen Organisationen nicht auf „ihren Ehrenamtlichen“ bestehen, sondern durchlässiger werden und sie über andere Einsatzorte und Möglichkeiten im näheren Umfeld informieren.

**Engagement-Beratung zur Stärkung des informellen Engagements.** Engagement-Beratung ist am erfolgreichsten durch Ansprechpersonen im Stadtteil, die Bewohnerinnen und Bewohnern den Weg ins Engagement in ihrem Stadtteil weisen. Engagement-Beratung berücksichtigt deren Interessen, Wünsche, Potentiale und vor allem die individuelle Lebenssituation. Diese Beratung hat viel mit „Lebensplanungsberatung“ zu tun und ist nah an den Menschen vor Ort. Engagement im eigenen Wohnumfeld schafft Identifikation und fördert den Zusammenhalt, indem es dazu beiträgt die Nachbarschaft gemeinsam zu verändern und Neuzugezogene mit Alteingesessenen zusammenzubringen. Eine professionelle Beratung durch eine im Stadtviertel bekannte und vernetzte Stelle kann Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur in ein passendes Engagement vermitteln, sondern auch helfen, Ideen und Initiativen umzusetzen. Sie erkundet Talente und findet heraus, was Menschen benötigen, um ihre Probleme zu lösen oder ihre Wünsche zu realisieren. Die Initiatoren werden mit Personen und Organisationen verbunden, die für die Umsetzung nützlich sind. Räume, Wissen und Zugänge zu Förderstellen werden vermittelt.

Neben Engagement in sozialen Institutionen können im Stadtteil ansässige Vereine und niedrigschwellige Formen, wie teilnehmendes Engagement oder Mikroengagement in die Engagement-Beratung miteinbezogen werden, denn es fehlt oft an einem Einblick, welche Vereine und Initiativen es bereits in einem Stadtviertel gibt. Mit der Einbeziehung von Bildungsstätten, wie etwa Schulen und durch die Stärkung bereits vorhandener Strukturen können für Bewohnerinnen und Bewohner neue Zugänge ins Engagement erschlossen und Zielgruppen wie Alleinerziehende oder Migrantinnen und Migranten angesprochen werden. Eine Engagementberatung in diesem Sinne sollte Standard einer vernetzten Infrastruktur zu bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel sein. Sprechstunden der Freiwilligen-Agenturen an gut frequentierten Orten oder Infrastruktureinrichtungen könnten ein Anfang sein.

**Bürgerschaftliches Engagement braucht Räume** und Räume sind in München Mangelware. Deshalb bestehen das Konzept der FÖBE-Raumbörse oder der Raumbörse Messestadt Riem. Gemeinnützige Organisationen geben ihre Raumangebote in eine Börse. Damit erweitert sich das Angebot an Veranstaltungs-, Lager-, Kreativ-, Besprechungsräumen oder Büros. Und diese Börse wird über eine Vernetzungsstelle zugänglich gemacht. Kleinstvereine oder erst gestartete Initiativen sollten dazu auch mit einem Budget für die Nutzung ausgestattet werden.

---

und persönliches ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in ihrem Lebens- und Wohnumfeld etwas verändern und verbessern kann.

Es braucht zudem freie, funktionsungebundene Räume bzw. Flächen im Viertel, die nicht vordefiniert sind. Hier geht es darum, dass Bewohnerinnen und Bewohner diese Räume entdecken und entsprechend ihres Bedarfs gestalten können, wie es die Leitlinie Soziales der Landeshauptstadt München vorsieht. Insbesondere der Punkt 4.4. Leitprojekt „Weißer Fleck“ – Bürgerbeteiligung (Partizipation) zur Bereitstellung ausreichender sozialer Infrastruktur spricht diese Raumqualität an. Co-working Räume, d.h. gemeinsam genutzte Räume sind ebenfalls ein effektiver Lösungsweg. Träumen darf man auch von einem Haus des Engagements in jedem Stadtteil.

**Eine effektive, an den wichtigsten Zielgruppen des Stadtviertels orientierte Kommunikation.** Netzwerkarbeit ist und braucht Kommunikation. Dabei ist davon auszugehen, dass es das eine, eindeutige Kommunikationsmedium für alle nicht gibt. Es braucht vielfältige Wege, um Zielgruppen anzusprechen: Stadtteilzeitungen, soziale Medien oder Plattformen wie nebenan.de.

#### **Einbindung der Unternehmen aus dem Stadtviertel.**

Ein bundesweit beachtetes Modell für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Stiftungen, Kommune und gemeinnützigen Organisationen aus der Zivilgesellschaft sind die „Stadtteilpatenschaften“ von Unternehmen. Unternehmen oder Stiftungen übernehmen dabei mehrjährig, mit finanzieller und ideeller Unterstützung, die Patenschaft für einen Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf, um gezielt Vernetzung und Kooperation im Viertel zu fördern und die soziale Infrastruktur zu verbessern. Dieses Modell sollte auch für die Stadt München geprüft werden.

#### **Bürgerschaftliches Engagement im Blick der Stadtplanung.**

Besonders in Neubau- und großen Zuzugsgebieten muss Stadtplanung Bürgerschaftliches Engagement von Anfang an im Blick haben und in einem Neubaugebiet frühzeitig eine lebendige, kleinteilige Infrastruktur berücksichtigen. Diese sollte nicht nur die Bereiche Gesundheit, Bildung und Soziales im engeren Sinne umfassen, sondern darüber hinaus auch Angebote des gesellschaftlichen Engagements, der Nahversorgung mit Lebensmitteln, Gütern und Dienstleistungen des täglichen bzw. häufigen Bedarfs sowie emissionsarmes Kleingewerbe und Kulturtreibende in Wohngebieten integrieren. Die Sozialplanung sollte daher strategisch mit dem Sachgebiet Gesellschaftliches Engagement des Sozialreferats und den Infrastruktureinrichtungen des Bürgerschaftlichen Engagements sowie anderen, involvierten Referaten zusammenarbeiten.

Als Pilotprojekt in einem Zuzugsgebiet würde sich der Prinz Eugen Park anbieten, in dem Wogeno eG und Nachbarschaftstreff sowie weitere Einrichtungen bereits vernetzt sind und mit den Bewohnerinnen und Bewohnern im Vorfeld überlegt wird, wie sie hier wohnen und wo sie sich engagieren möchten.

### **Es gibt gute Beispiele, wie sich Ehrenamtliche und Organisationen vernetzen und ihre Insel verlassen**

Es seien hier einige herausragende Beispiele genannt, die aufzeigen, wie gesellschaftliches Engagement in den Stadtvierteln gefördert, qualifiziert und vernetzt werden kann.

#### **Bewohnerinnen und Bewohner stellen einen wertvollen neuen Raum der Begegnung selbst her:**

Zusammen aktiv in Neuperlach e.V. – der Verein für Gemeinwesenarbeit und Stadtteilgestaltung trägt dazu bei, den Stadtteil Neuperlach lebendiger und lebensfreundlicher zu gestalten und die

sozialen sowie kulturellen Beziehungen zu verbessern. Dies gelingt u.a. durch das Café in den ZAK Hütten, die Spielhütten für Kinder und Jugendliche, durch Spielgruppen und den Bewohnergarten.

**Vereine vor Ort vernetzen sich handlungsfeld- und themenübergreifend und stellen sich auf das veränderte Ehrenamt ein:**

In Harlaching und Hadern werden im Herbst 2019 die ersten lokalen Ehrenamtsmessen durchgeführt. Initiatoren sind in Harlaching das Alten- und Servicezentrum gemeinsam mit MünchenStift, in Hadern ist es das Kulturhaus mit seinen vielen alteingesessenen Kultur- und Geschichtsvereinen zusammen mit noch jungen Asylkreisen oder Sportvereinen. Sie haben das gemeinsame Ziel über Vernetzung ihre Arbeit sichtbarer zu machen, Mitglieder und Ehrenamtliche zu gewinnen und die Positivbotschaft in das Viertel hineinzugeben: „Es lohnt sich, hier mitzumachen.“ Außerdem wird das Wissen darüber geteilt, wie sich Freiwilliges Engagement gewandelt hat und wie man am besten darauf reagiert. Damit diese stadtteilnahen Vernetzungsaktivitäten gelingen, wurden z.B. über das Kulturreferat Projektmittel an FöBE und Tatendräng übertragen, die über Workshops und Projektberatung in die Entwicklung der Aktivitäten einfließen. Unabdingbar sind eine kontinuierliche Projektleitung und eine Ansprechperson für die Vereine vor Ort, die sich gemeinsam auf den Weg machen.

**Vernetzung von professionellen Stellen und Bürgerschaftliches Engagement vor Ort:**

REGSAM hat in Stadtvierteln mit „besonderem Handlungsbedarf“ Stadtteil-AKs, eingerichtet, die sich der allgemeinen Quartiersentwicklung zuwenden und nicht nur einen zielgruppenspezifischen Fachaustausch pflegen. Dazu bindet REGSAM ehrenamtliche Vereine und Initiativen zu zukunftsrelevanten Themen vor Ort mit ein.

## Handlungsempfehlung

Der Fachbeirat empfiehlt die Entwicklung einer vernetzten Infrastruktur von Bürgerschaftlichem Engagement in den Münchner Stadtvierteln. Diese Struktur ist in den Katalog der Infrastruktureinrichtungen vor Ort aufzunehmen. Dies gilt besonders für die Planung von Neubau- und Zugzugsgebieten. Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, das Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Dieses Konzept soll dem Stadtrat vorgelegt werden.

## 4. Förderung und Finanzierung von Initiativen vereinfachen

**Kleinere Vereine und Initiativen haben schlechtere Chancen auf dem Markt der Drittmittelakquise als etablierte und medial bekannte Organisationen. Deshalb braucht es für die Kleinst- und kleinen Vereine Orientierung und Information, wo und wie sie finanzielle Unterstützung finden.**

### Ständig neue Akteure mit neuen Ideen und großer Engagement-Bereitschaft

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass immer mehr Menschen ihre eigenen Ideen in ein Engagement einbringen oder selbst eine Initiative oder einen Verein gründen, um so die Gesellschaft aktiv mitgestalten zu können. Die Zahl der Vereinsgründungen in Deutschland steigt kontinuierlich. Pro Jahr etablieren sich 15.000 neue Vereine. Dieser Trend zeigt sich auch in München. In einem korporatistischen Staatsverständnis wird gerade dies als Reichtum und Stärke einer Zivilgesellschaft angesehen und von der öffentlichen Hand gefördert.

Aber nicht nur die Ideen- und Zeitspenden dieser aktiven Mitbürgerinnen und -bürger bereichern ein Gemeinwesen, auch Geldspenden sind ein Teil dieser Wertschöpfung für das Gemeinwohl. Stiftungen als Geldspende und Bürgerschaftliches Engagement als Zeit- und Ideenspende laufen aber noch ziemlich parallel. Es gibt nur sporadische Berührungsebenen. Stiftungen beharren auf ihren Interessen und ihrem Inseldasein, auch wenn die Zinslage keine großen Sprünge erlaubt. Eine generelle Ausweitung des Stifterkapitals ist derzeit nicht in Sicht. Das Aufeinander-Zugehen von Bürgerschaftlichem Engagement und Stiftungen sowie weiteren Drittmittelgebern würde für beide Seiten eine Verstärkung ihrer Wirksamkeit bedeuten.

Projekte, Initiativen und Vereine sehen sich im Verlauf ihrer Gründung oder ihres Bestehens vor unterschiedliche Herausforderungen in der Förderung gestellt. Im Anhang findet sich die Beschreibung der Entwicklung von gemeinnützigen Organisationen mit den je nach Gründungs- und Lebensalter auftretenden, unterschiedlichen förderpolitischen Problemlagen und Herausforderungen. (Siehe Anhang Seite 41)

### Hochschwelliger Zugang für Startups und Initiativen im Bürgerschaftlichen Engagement zu Fördergeldern und Drittmitteln

**Die Spendenakquise ist von kleineren Vereinen oft nicht zu leisten** und wird zunächst als „Nebenher-Geschäft“ vernachlässigt. Eine eigene Profilbildung mit einer klaren Botschaft und einem deutlichen Nutzen für Spenderinnen und Spender wird nicht entwickelt. Anträge werden erfolglos gestellt, da sie nicht präzise genug formuliert sind und die Erfahrung fehlt. Antragswesen und Verwendungsnachweise sind extrem aufwändig und ohne Personal nicht zu stemmen. Selbst das Stadtbezirksbudget der Bezirksausschüsse, das gerade für kleine Initiativen vor Ort gedacht ist, hat zu hohe Hürden.

**Der Druck auf die Selbsthilfeförderung wächst.** Dort landen immer wieder Anträge, die eigentlich unter die Rubrik „Bürgerschaftliches Engagement für Andere“ fallen würden. Dafür gibt es allerdings kein eigenes Budget in der Stadt, denn das Innovationsbudget für Bürgerschaftliches Engagement wurde vom Stadtrat abgelehnt.

**Die städtischen Referate sind in ihrer Förderpraxis nach außen hin nicht transparent.** Es gibt keine einheitliche Förderstruktur zu Bürgerschaftlichem Engagement. Das hat zur Folge, dass

Fördertöpfe unausgeschöpft bleiben und kleine Vereine kaum die Chance haben, etwas über kommunale Förderung zu erfahren. Zudem ist die Vereinslandschaft längst nicht mehr nur sozial geprägt. Gerade im Bereich der Nachhaltigkeit oder Demokratieförderung gibt es viele neue Initiativen, die wenig über Drittmittelquellen wissen.

**Potente Stiftungen haben selbst oft langjährige Partner**, die sie regelmäßig finanziell unterstützen. Auch hier gibt es ein verständliches Interesse an wenig Aufwand und erfolgreichen Projekten. Kleinere Stiftungen sind selbst Mitbewerberinnen und Mitbewerber auf dem Markt der Drittmittel oder fördern ohne strategische Ausrichtung nach dem Gießkannenprinzip. Wenige Personen verfügen in Deutschland über ein großes Vermögen, wie z.B. Frau Klatten, die BMW Erbin, die 100 Millionen für gemeinnützige Projekte spendete. Doch nur wer ein umfangreiches Phineo-Zertifikat aufweisen kann, kommt in die Nähe einer solchen Förderung.

**Stiftungsanträge sind sehr aufwändig.** Stiftungen, die neue Partner suchen, suchen nach „Leuchttürmen“ und möglichst zertifizierten Projekten. Kleine Antragsteller fallen raus und bewerben sich oft gar nicht, denn Aufwand und Nutzen stehen für sie oft in keinem Verhältnis.

**Wichtige Personalkosten können über diese Quellen nicht finanziert werden.** Stiftungsgelder werden oft nur als Anschub gegeben und kaum für die übergeordnete Arbeit eines Vereins.

**Es fehlt eine verständliche und leicht zugängliche Übersicht über Drittmittel.**

Es gab und gibt in München verschiedene Formate unterschiedlicher Qualität, wie gemeinnützige Organisationen und Stiftungen zusammenkommen: Geberkonferenz – Stifter&Kulturtreff – Stiftungsfrühling – Stifterkreis, aber keine leicht verständliche Übersicht darüber, welche operativen oder fördernden Stiftungen es gibt. [www.stiftungen.org](http://www.stiftungen.org) ist zu ungenau für die lokale Szene. Es gibt eine Vielzahl von neuen digitalen Plattformen wie better-place, benevity oder die „Förderprogramme im Haus des Stiftens“, von Preisen, Wettbewerben oder Gewinnspartnern etc., die als Drittmittelgeber in Frage kommen, ganz abgesehen. Stiftungen werden in München nicht, wie z.B. in Nürnberg aktiv von Seiten der Stadt miteinander vernetzt und umworben ([www.stif-terinitiative-nuernberg.de](http://www.stif-terinitiative-nuernberg.de)). In Nürnberg wird die Bürgerstiftung darüber hinaus mit anderen Stiftungen gepoolt und Co-Stiftungen werden aktiv angeregt. So entstehen größere Fördervolumen.

## Mehr Überblick, mehr Informationen, mehr Beratung und vereinfachte Finanzierung

Die Infrastruktureinrichtungen Selbsthilfezentrum – FÖBE – Tatendrang – Gute Tat – Caritas Freiwilligenzentren – CSR LHM – Gesamtstädtische Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium – Netzwerk MORGEN etc. sind Anlaufstellen für Organisationen und Vereine, etablierte wie neue gleichermaßen. Neben der Suche nach Ehrenamtlichen oder Räumen sind sie auch auf der Suche nach finanzieller Förderung. Um optimal beraten und aufeinander verweisen zu können, wäre es für diese Infrastruktureinrichtungen gut zu wissen: Welche Stiftung fördert mit welchem Zweck? Welche Stiftung hat ihre Mittel bereits ausgeschöpft? Wer finanziert nach welchen Maßgaben? Welche crowdfunding Plattformen gibt es? Wer fördert oder unterstützt wozu? Was leisten Stiftungsverwaltung – die Anlaufstelle für das Unternehmensengagement im Sozialreferat – Haus des Stiftens – SZ Adventskalender usw.? Welches städtische Referat fördert nach welchen Richtlinien? Damit würde es leichter, gemeinnützige Organisationen gezielter zu beraten.

Am Beispiel des Kreisjugendrings, der für das Stadtjugendamt und die AG Partizipation die Mikroprojekt-Förderung umsetzt und am Beispiel der Selbsthilfeförderung wird deutlich, dass es vor allem um Projekt- und Basisförderung und nicht permanent um „innovative Ansätze“ und Leuchtturmprojekte geht.

## Handlungsempfehlungen

Die Hürden bei der Antragstellung und der Aufwand beim Nachweis der Mittelverwendung sollten insbesondere bei Initiativen und bei geringen Fördersummen deutlich abgesenkt und reduziert werden. Es sind mehr Möglichkeiten für Kleinstförderungen zu schaffen. Die Fördersysteme müssen vereinfacht und ein besserer Überblick ermöglicht werden.

Dazu gehören im Einzelnen:

- Niederschwellige Antrags- und Abrechnungsverfahren bei den Stadtbezirksbudgets.
- Eine Suchmaske als Orientierungshilfe, die über Zuschüsse und Drittmittel mit persönlichen Ansprechpersonen informiert. Die Stiftungsverwaltung könnte einen ersten Überblick über Stiftungen erstellen.
- Ein Leitfaden oder eine Broschüre „Zuschüsse und Drittmittelakquise“, die sich am Entwicklungsstand eines Vereins orientieren und wertvolle Hinweise zu Antragstellung und Mittelnachweis, zum Selbstmarketing und zu Beratungsstellen liefern. „Den Verein auf sichere finanzielle Beine stellen“ sollte ein wichtiges Element sein.
- Eine Lotsenstelle in der Stadtverwaltung, die hilft, sich im „städtischen Förderdschungel“ zu orientieren. Dafür braucht es Personalressourcen bei der gesamtstädtischen Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement im Direktorium.
- Die Referate selbst müssen mehr Einblick in ihre Förderlogiken geben und die Zuschussregelungen sowie die entsprechenden Ansprechstellen auf ihren Internetseiten veröffentlichen.

## **5. Nachhaltigkeitsstrategien in München brauchen mehr Unterstützung<sup>5</sup>**

**Die derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise in München ist, wie in allen Industrie- und den meisten Schwellenländern als eindeutig nicht nachhaltig zu bezeichnen. Es ist inzwischen gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Konsens, dass dies (rasch) geändert werden muss.**

Bürgerschaftliches Engagement für Nachhaltigkeit erwächst in erster Linie aus der Sorge, dass der Mensch mehr Ressourcen verbraucht, als natürliche Systeme nachliefern können. Sehr bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang der „earth overshoot day“, der versinnbildlicht, dass bereits weit vor Ende des Jahres alle natürlichen Ressourcen verbraucht wurden, die im ganzen Jahr regenerieren (im Jahr 2019 war dies bereits der 29. Juli!). Diese Übernutzung führt dazu, dass kommende Generationen weitaus schlechtere Lebensbedingungen vorfinden werden als heutige.

---

<sup>5</sup> Nachhaltigkeit wurde als Methode definiert, nicht mehr zu verbrauchen, als die natürlichen Systeme der Erde regenerieren können. Nachhaltigkeit wird mittlerweile als Methode und Kriterium sowohl im sozialen, als auch im ökologischen, kulturellen und ökonomischen Bereich angewendet.

Deshalb suchen unterschiedlichste Akteure nach Wegen, dies durch nachhaltiges Verhalten und Wirtschaften zu verhindern.

Das Engagement erwächst aber auch aus der Forderung nach einem achtsamen Umgang mit der „Ressource Mensch“: Arbeitsstrukturen, Digitalisierung, Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit sind nur einige wenige der Themen, welche von Bürgerinnen und Bürgern unter dem Nachhaltigkeitsaspekt diskutiert werden.

Da das Thema Nachhaltigkeit inzwischen sehr vielgestaltig und komplex ist, beschränkt sich der Fachbeirat BE deshalb auf zwei vordringliche Aspekte.

1. Wie wird in München durch Bürgerschaftliches Engagement versucht, zu nachhaltigem Handeln zu kommen?
2. Wie können Akteure dabei effektiv gefördert werden?

## Der Protest richtet sich an Entscheiderinnen und Entscheider. Aktionen funktionieren mit Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Es gibt zwei Formen, wie sich Bürgerschaftliches Engagement in puncto Nachhaltigkeit in München ausdrückt.

Am augenfälligsten ist der politische Protest gegen eine nicht-nachhaltige Politik und Wirtschaftsweise. Bürgerinnen und Bürger, die sich diesen Protesten anschließen, nutzen demokratische Freiheiten wie Volksbegehren und Demonstrationen. Die Gesamtzahl der Personen, die sich innerhalb der letzten zwölf Monate in München bei irgendeiner dieser Protestformen beteiligt hat, dürfte in etwa bei einer Viertelmillion liegen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Protestbewegung sind nur locker oder gar nicht organisiert, und wenn doch, dann prägen die etablierten Parteien, Verbände, NGO's etc. nicht die Struktur der Proteste.

Daraus ist ein sehr großes Potential für Bürgerschaftliches Engagement entstanden. Das erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“ und „Fridays for Future“ (incl. Parents, Scientists und Entrepreneurs for Future) sind eindrucksvolle Beispiele. Die Wirkmacht und Ausstrahlung dieser neuen „politischen Nachhaltigkeitsbewegung“ ist inzwischen groß.

Ansprechpartner der Protestbewegungen ist in erster Linie die Politik, in zweiter Linie sind es Entscheiderinnen und Entscheider in Wirtschaft und Verwaltung. So fanden im Anschluss an das Volksbegehren Artenvielfalt intensive Gesprächsrunden mit der Landespolitik statt. Desgleichen auf bundespolitischer Ebene zum Thema Klimaschutz. Kommunalpolitisch aber fehlten solche Gesprächsrunden mit den Nachhaltigkeitsinitiativen bisher oder fanden nur in kleinem Rahmen statt.

Neben dem politischen Protest gibt es in München zahlreiche Initiativen, die versuchen, sich mit Argumenten direkt an Verbraucherinnen und Verbraucher zu wenden. Ziel der Initiativen ist es, Verhaltensänderungen hin zur Nachhaltigkeit zu initiieren. Häufige Themen bei Aktionen sind z.B. Mülltrennung, Plastikvermeidung, Repair Cafés, Zero Waste und generell die Änderung des Konsumverhaltens. Beispiele sind Unverpackt-Workshops (LBV-Umweltstation), Klimaschutzsensibilisierung (Klimaherbst), Förderung regionaler Lebensmittel (Kartoffelkombinat), Kleidertausch-Partys (GreenCity), Müllsammel-Aktionen (Schulen, Isarfischer oder Rehab Republic).



Aktionen zu diesen Themen treffen auf ein breites öffentliches Interesse und werden auch recht oft von der öffentlichen Hand oder Stiftungen gefördert. In einigen Fällen sind Aktionen mit dem Focus auf die Verbraucherinnen und Verbraucher jedoch nicht sehr effektiv, weil sich eine – für Veränderungen der Produktionsweise nötige – Menge von Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht erreichen lässt. Maßnahmen, die bei direkt Verursachenden ansetzen (Produktion, Handel), könnten eine wichtige und effektive Ergänzung sein. Solche Aktionen bergen aber ein gewisses Konfliktpotential und werden deshalb zu wenig unterstützt. So finden z.B. Müllsammelaktionen allgemeine gesellschaftliche Anerkennung und werden unterstützt, während Initiativen, die z.B. Firmen dazu bringen wollen, keine Einwegbecher mehr einzusetzen, sich wegen des potentiellen Konflikts mit Handel und Industrie weit schwerer tun.

Wie andere Formen von Bürgerschaftlichem Engagement auch, benötigen Nachhaltigkeits-initiativen finanzielle Förderung, Räume und Fortbildungen. Dafür stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Bund, Land und Stadt haben für verschiedene Bereiche (Naturschutz, Bildung, Klimaschutz) Förderprogramme aufgelegt, die oft auch das Thema Nachhaltigkeit beinhalten. Ähnliches gilt für Stiftungen. Für lokale Initiativen stehen Fördermöglichkeiten der Bezirksausschüsse zur Verfügung.

## Es fehlen geeignete Kommunikationswege

Der politischen „Nachhaltigkeitsbewegung“ fehlt ein geeigneter Kommunikationsweg zur Stadtpolitik und Stadtverwaltung. Organisierten Initiativen wie den Vereinen und Verbänden stehen einige spärliche Kommunikationswege zur Verfügung, z.B. Ansprechpartnerinnen und -partner in den Stadtratsfraktionen. Nicht organisierte Initiativen haben oft gar keinen direkten Kommunikationsweg. In den letzten zwei Jahren gab es keine, für alle Vereine und Initiativen offene Einladung der Stadtspitze zu irgendeinem Nachhaltigkeitsthema.

Dennoch ist festzustellen, dass Nachhaltigkeitsthemen zurzeit einen überragenden Zulauf aus der Stadtgesellschaft haben. So trägt die Münchner Bürgerschaft maßgeblich dazu bei, dass Themen wie Klimaschutz und Artenschwund auch bundesweit Aufmerksamkeit wecken und Eingang in politisches Handeln finden.

Der Begriff Nachhaltigkeit hat erst in den letzten zehn Jahren größere Bedeutung erlangt. Es verwundert also nicht, dass auch die Münchner Nachhaltigkeitsinitiativen größtenteils erst in den letzten Jahren entstanden sind. Dementsprechend kurz war die Zeit zum Aufbau von Netzwerken. Das bedeutet, dass wichtige Themen, wie z.B. die Plastikvermeidung, von sehr vielen Initiativen irgendwie bearbeitet werden, ohne dass Vernetzungspotentiale genutzt werden. Im „klassischen Naturschutz“, der auf eine über hundertjährige Geschichte zurückblickt, gibt es von Fachzeitschriften über regelmäßige Expertinnen- und Expertentreffen bis zu fachübergreifenden Runden (z.B. zur Flächenpflege) und Online-Angeboten einen äußerst regen Austausch.

Dieser steckt in München in puncto Nachhaltigkeit noch in den Anfängen. Nicht einmal zum weltweiten Brennpunkthema Klimaschutz gibt es Vergleichbares.

## Permanenter Jour-Fix und einfache, kontinuierliche Förderung

Viele Nachhaltigkeitsinitiativen können aufgrund mangelnder finanzieller Förderung ihre Potentiale nicht voll ausschöpfen. Das scheint weniger an mangelndem Fördergeld zu liegen als daran, dass Fördermöglichkeiten weitgehend unbekannt sind oder als zu kompliziert empfunden

werden. Eine leicht auffindbare, übersichtliche Darstellung fehlt. Viele Förderungen werden nur von wenigen „Insidern“ genutzt. Eine zentrale Anlaufstelle, die Hilfestellungen zu Förderungen gibt, fehlt. Ebenso wenig ist ein leicht zugängliches Informationstool (online) vorhanden, das die einzelnen, vielfältigen Fördermöglichkeiten übersichtlich auflistet und die Antragsmodalitäten erklärt.

Das Antragswesen ist zu kompliziert. Die Folge ist, dass Vereine mit fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Förderungen unter 5.000 € gar nicht mehr beantragen, weil ein zu großer Teil der Antragssumme für Verwaltung gebraucht würde. Rein ehrenamtliche Initiativen sind mit dem komplexen und umfangreichen Antragswesen oft überfordert. Dass sehr viele Initiativen oftmals auf dieselben, überschaubaren Fördertöpfe angewiesen sind, fördert leider Konkurrenzdenken, oftmals aus der Existenznot heraus. So findet wichtige, inhaltliche Kooperation und Vernetzung oftmals nicht statt. Besonders die Fördermöglichkeit der Anschubfinanzierungen, die größtenteils zur Verfügung steht, bietet den Engagierten kaum Planungsmöglichkeiten über ein Jahr hinaus. So können weder langfristige Kooperationen eingegangen, noch notwendige thematische Vorarbeit geleistet werden.

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung an Kitas und Schulen (BNE) zugänglicher machen**

Bildung für nachhaltige Entwicklung greift die Anliegen der Agenda 2030 und ihre globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals SDGs) auf und leistet damit einen wichtigen Beitrag für die zukunftsfähige Stadtentwicklung von München. Mit der vom Stadtrat im November des letzten Jahres beschlossenen BNE-Konzeption ist ein erster Meilenstein für die Vielzahl an Initiativen, die BNE an Kitas und Schulen anbieten, erreicht.

Derzeit sind sämtliche BNE-Angebote nicht ausreichend strukturell verankert. Es ist nicht verlässlich gesichert, dass Kinder oder Jugendliche im Rahmen ihrer Bildungsbiographie mit Nachhaltigkeitsthemen in Kontakt kommen. Dies bleibt weitgehend dem Zufall überlassen und lässt sich unter anderem mit der Anzahl der Angebote, anfallenden Kosten, kaum niedrighwelligen Formaten und fehlender Verbindlichkeit in Bildungseinrichtungen erklären.

Es fehlt an einem strukturierten Angebot, das der umfassenden Thematik von Nachhaltigkeit gerecht wird. Derzeit organisiert sich die Mehrzahl der Initiativen im Rahmen der regelmäßig stattfindenden „Netzwerktreffen Umweltbildung“. Das Netzwerk verfügt über wenige bis keine monetären Ressourcen und kann deshalb ausschließlich die Vernetzung der Initiativen untereinander leisten.

## **Münchener Initiative Nachhaltigkeit (MIN) als zentrales Bündnis etablieren**

Verschiedenste engagierte Bürgerinnen und Bürger aus namhaften sozialen, kulturellen und ökologischen Initiativen stellten sich im Jahr 2015 die Frage, was als Weiterführung oder Konsequenz auf die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt geplant ist und gründeten daraufhin 2016 die Münchener Initiative Nachhaltigkeit.

Unter der Zielsetzung „Wir wollen so leben und wirtschaften, dass die Entwicklungschancen heutiger und künftiger Generationen – in München und weltweit – gewahrt und verbessert werden und dass München nicht auf Kosten anderer Weltregionen lebt.“, schlossen sich mittlerweile über 50 Verbände, Initiativen und Vereine zusammen. Die Agenda 2030 mit den 17 globalen

Nachhaltigkeitszielen ist die inhaltliche Grundlage der MIN und liefert maßgebliche Tools für die Struktur des Bündnisses. Münchens Unterzeichnung der Resolution des Deutschen Städtetages zur Agenda 2030 nahm MIN zum Anlass, die Münchner Nachhaltigkeitsstrategie und den damit verbundenen umfangreichen Nachhaltigkeitsprozess einzufordern.

Die Bündnispartnerinnen und -partner organisieren sich in acht Arbeitskreisen, „Manufakturen“ genannt, welche die 17 SDGs auf München „herunterbrechen“ und beispielsweise zu Themen wie Arbeit & Wirtschaft, Armut & Menschenrechte, Klimaschutz & Erneuerbare Energien oder Mobilität tagen. Die Manufakturen sind offen für alle engagierten Personen. Zudem gibt es einen Koordinierungskreis aus acht Personen, der strategische Entscheidungen trifft, MIN nach außen vertritt und Ansprechpartner für Stadtpolitik und -verwaltung ist.

Gleichzeitig widmet sich das Bündnis auch der Partizipation der breiten Zivilgesellschaft: Durch SUSTAIN, den Münchner Nachhaltigkeitskongress, der im Februar 2019 erstmalig unter reger Beteiligung von ca. 400 Personen aus Vereinen/Institutionen, Unternehmen, Politik und Verwaltung stattfand, soll die Partizipation sichergestellt werden. Es ist geplant, das Format regelmäßig fortzuführen.

Die Münchner Initiative Nachhaltigkeit kann als ein hoffnungsvoller Lösungsweg angesehen werden, für die gesamte Stadt eine konsensfähige und wirkungsvolle Nachhaltigkeitsstrategie zu finden und einen umfassenden Beteiligungsprozess der engagierten Zivilgesellschaft zu starten, um verbindliche Maßnahmen zielorientiert zu entwickeln und deren schnelle Umsetzung zu ermöglichen. Gleichzeitig bündelt sie vorhandene Strukturen, erzeugt Synergien und ist angetreten, mit den schon lange in München etablierten Verbänden und Organisationen zu kooperieren und sie aktiv in den Prozess einzubeziehen.

Wichtig ist es, eine unkomplizierte Vernetzung der einzelnen Akteure (auch monetär) zu fördern. Parallelkampagnen zu ähnlichen Themen könnten so aufeinander abgestimmt und somit effektiver werden. Vernetzungstreffen sollten dabei im Wechsel von Nachmittags- und Abendterminen organisiert werden, um sowohl angestellte als auch ehrenamtliche Akteure anzusprechen. Dafür fehlen einfach zu buchende, kostengünstige und zentrale Besprechungsräume. ÖBZ und Eine-Welt-Haus, der Münchner Zukunftssalon oder Interimsnutzungen wie das Kösk, sind oft lange im Voraus ausgebucht. Hier wäre die Schaffung neuer, zentraler räumlicher Möglichkeiten ratsam. Hilfreich wäre auch ein großes Online-Projekttool, wo jede Initiative ihre Projekte vorstellen kann. Ferner wäre auch über ein Online-Magazin, in dem alle Nachhaltigkeitsinitiativen publizieren könnten, nachzudenken.

## Handlungsempfehlungen

Der Einsatz für Nachhaltigkeit bringt gegenwärtig eine der größten zivilgesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit hervor. Bürgerschaftliches Engagement ist hier besonders stark ausgeprägt. Deshalb ist es nötig, eine geeignete Struktur zu finden, die den Austausch und die Kommunikation von Stadtverwaltung und -politik mit den Nachhaltigkeitsinitiativen ermöglicht. Vorstellbar wären regelmäßige (z.B. halbjährliche) Nachhaltigkeits-Jour fix zwischen Initiativen und der Stadtspitze (OB, Referatsleitungen, Stadträtinnen und Stadträte), sowie (vierteljährliche) themenbezogene Treffen auf Arbeitsebene der Referate, um das Know-How aus der Zivilgesellschaft in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung miteinzubeziehen.

Der Stadtrat sollte sich mit dem Konzept und dem vorliegenden Förderantrag der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) befassen mit dem Ziel, entsprechende Ressourcen für MIN bereit zu stellen.

Zu einem Fördersystem für Nachhaltigkeitsinitiativen gehören im Einzelnen:

- Eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Fördermöglichkeiten für Nachhaltigkeitsinitiativen, z.B. auf muenchen.de. Insbesondere die Bezirksausschüsse sollten ihre Fördermöglichkeiten für Nachhaltigkeitsinitiativen aufzeigen. Doch deutlich wirksamer wäre eine zentrale Anlaufstelle „Förderberatung der Landeshauptstadt München“. Für die Landwirtschaft gibt es bereits solche Anlaufstellen.
- Ein großer Teil der Anschubfinanzierungen sollte ersetzt werden durch deutlich mehr Regelförderungsmöglichkeiten sowohl für große als auch für kleinere Fördersummen, die den Initiativen Planungssicherheit und inhaltliche Vorarbeit ermöglichen. Insgesamt sollten sämtliche Anträge und Verwendungsnachweise, vor allem für Fördersummen unter 5.000 €, einfacher, unbürokratischer und weniger umfangreich sein.

Entstehen aus Initiativen Projektideen, die sich direkt an die Verursachenden (Produktion, Energieversorgung, Bauträger) von Problemen wenden, sollten diese durch die Stadtpolitik sowie durch die Verwaltung unterstützt und gefördert werden. Oft sind solche Aktionen vielversprechender und tiefgreifender als Aufklärungskampagnen für die Endverbraucherinnen und -verbraucher.

Der Fachbeirat empfiehlt eine deutliche Ausweitung der Vernetzung und Kooperation im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung an Kitas und Schulen (BNE), zum einen mit Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern, zum anderen mit den Elternbeiratsmitgliedern. Ein übersichtliches Online-Angebotsportal, welches sämtliche BNE-Angebote mit entsprechenden Kontaktdaten übersichtlich auflistet, ist der erste, wichtige Schritt dabei.

## **6. Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship: Gesellschaftliche Herausforderungen auf unternehmerische Art lösen**

**Freiwilliges Engagement in gemeinnützigen Einrichtungen, das auf den Kompetenzen der Mitarbeitenden aufbaut, langfristig angelegt ist und beiden Seiten hilft, ist der Idealfall.**

Es gibt viel Potential bei den Unternehmen zu heben und kleinere Organisationen in die digitale Zukunft zu bringen.

Das gesellschaftliche Engagement von Münchner Unternehmen nimmt zu und ist bei vielen Organisationen fest im Alltag verankert – dennoch sind es laut Umfrage in München nicht einmal 50% der Unternehmen, die aktiv sind. Unter dem Oberbegriff „Corporate Volunteering“ werden „Mitarbeiter in strukturierter Weise in das unternehmerische gemeinwohlorientierte Tun einbezogen. Das kann entweder durch ihren Einsatz in unternehmenseigenen Projekten geschehen oder durch die Förderung bereits vorhandenen ehrenamtlichen Engagements von Mitarbeitern.“

(Quelle: Stiftung & Sponsoring 3/2010, Martensen und Osterloh). Das bedeutet, dass hier noch viel Potenzial liegt, das bisher nicht gehoben werden konnte.

Dabei ist vor allem das längerfristige Engagement für beide Seiten besonders nutzbringend, denn nur so begegnet man sich auf Augenhöhe und kann voneinander lernen. Wenn dieser Effekt entsteht, dann kann qualitativ hochwertiges Engagement an der richtigen Stelle eingebracht werden und den Vorwürfen des "Greenwashings" wird die Basis entzogen. Verlässlichkeit und Vertrauen auf beiden Seiten kann entstehen.

Damit die Münchener Unternehmen ihr Engagement auch dort einbringen können, wo es die Bedarfslagen der Stadt am meisten fordern und auch in Zukunft sinnvoll und nutzbringend zusammenzuwirken, ist der Austausch mit der Stelle für Unternehmensengagement des Sozialreferats besonders wichtig (durch die Beschlussvorlage vom 29.02.2012 wurde diese Anlaufstruktur aufgebaut).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Digitalisierung. Unternehmen informieren sich heute zuallererst über Onlinemedien zu einer Einrichtung, bevor sie Kontakt aufnehmen. Im gesellschaftlichen Engagement ist das Thema Digitalisierung jedoch häufig noch nicht so fortgeschritten. Vereine und gemeinnützige Einrichtungen stehen der gesellschaftlichen Entwicklung zu mehr digitalen Angeboten aus Mangel an Zeit, finanziellen Mitteln und Kompetenz oft hilflos gegenüber. Für kleine Organisationen, die keine Kapazität und/oder kein Know-how in der Vermarktung und der Erstellung von Webseiten oder auch der Nutzung von Facebook oder anderen Kanälen haben, bedeutet das de facto geringere Chancen auf Unterstützung – auch dann, wenn sie sich mit einer besonders bedürftigen Zielgruppe beschäftigen und dringend Unterstützung benötigen würden. Durch digitale Services oder auch die Digitalisierung von Prozessen würden sich jedoch erhebliche Effizienzen und Verbesserungen in der Qualität ergeben.

## Zahlreiche Aktivitäten und Social Entrepreneurs als Gemeinwohlarbeit

Seit dem letzten Fachbeiratsbericht sind zahlreiche Aktivitäten und Themen vorangetrieben worden. Wir stellen hier eine kurze Auswahl vor.

Der Verein "Unternehmen für München", die IHK und die LHM haben gemeinsam **wieder eine Befragung bei Unternehmen und NGOs durchgeführt**. Wie oben bereits erwähnt, engagieren sich ca. 46% der Unternehmen. Mit großem Abstand wird ein Engagement in der Kinder- und Jugendarbeit bevorzugt. Dies bedeutet einerseits, dass viele bedürftige Bereiche und Zielgruppen nicht vom Unterstützungsangebot profitieren können, während andererseits viele Unternehmen die Erfahrung machen, dass gemeinnützige Einrichtungen "überversorgt" sind und sie um freie Plätze mit anderen Unternehmen in Konkurrenz stehen. Über die Hälfte der befragten Unternehmen verfügt dabei über keine explizite CSR Strategie und knapp 50% geben außerdem an, dass sie sich von der Stadt nicht genug informiert fühlen.

**Das Projekt „München gibt dir eine Chance“** in Kooperation mit der Volkswagen Belegschaft Stiftung konnte gestartet werden und der **"Marktplatz Gute Geschäfte"** in Kooperation Stadt, IHK und Tatendrang wurde erneut mit großem Erfolg durchgeführt.

2018 fand **die erste Preisverleihung von "Münchens ausgezeichnete Unternehmen"** statt. Die Preisverleihung ist das Ergebnis einer Anregung des Fachbeirats und wird von diesem als ein sehr

positives Signal gesehen. Dennoch möchten wir für die zukünftige Planung noch einige Anregungen geben.

Die Stelle „Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen“ der Landeshauptstadt hat außerdem einen **Newsletter zu Unternehmensengagement** auf den Weg gebracht, sowie zahlreiche Corporate Volunteering Projekte vermittelt – unter der Herausforderung, dass viele Unternehmen immer kürzere und spontanere Aktionsmöglichkeiten suchen.

**Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligenagenturen, dem Sozialreferat und den Unternehmen** (auch in Vertretung mit dem Unternehmensnetzwerk) mit dem Ziel das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen zu verstetigen, **konnte ausgebaut werden**. Dennoch ist aufgefallen, dass wahrscheinlich aufgrund von Kapazitätsengpässen, der Austausch nicht immer optimal war. Das Unternehmensnetzwerk und die CSR-Stelle der Stadt haben sich in manchen Tätigkeiten überschritten und hätten durch besseren Austausch gemeinsam auftreten und gezielter agieren können.

Das Auftreten von **Social Entrepreneurs**, als verhältnismäßig neue doch wachsende Gruppe von Akteurinnen und Akteuren im Bereich der Gemeinwohlarbeit ist dem Fachbereich aufgefallen und er hat sich dazu entschlossen, dieses Thema etwas genauer zu analysieren (siehe Anhang Seite 42).

## Handlungsempfehlungen

Die Stadt München und das Unternehmensnetzwerk (UfM) sollten bei der Etablierung von Round Tables zusammen auftreten. Ziel ist es, Vertretungen von Verwaltung, Wirtschaft (IHK, UfM), Zivilgesellschaft und Politik an einen Tisch zu bringen und strategische, für die Stadt wichtige Themen gemeinsam zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

Aufgrund des entwicklungsfähigen Austauschs und des gleichzeitig gewinnbringenden Potenzials für beide Seiten empfehlen wir die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen gemeinnützigen Organisationen und Social Entrepreneurs zu fördern. Ein akteursübergreifendes Netzwerk wäre für beide Seiten bereichernd und könnte helfen, auf der einen Seite eine „Erfahrungs-“ und auf der anderen Seite eine „Innovations- und Digitalisierungslücke“ zu schließen. Konkret über ein Netzwerk kann ein regelmäßiger Austausch auf Fachebene stattfinden und ggf. die Bearbeitung gemeinsamer Themen angestoßen werden.

Die Förderung der medialen und politischen Aufmerksamkeit für soziale Innovationen ist grundsätzlich wünschenswert sowie das Eintreten der Stadt München für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Das sollte sich nicht nur auf Gründerinnen und Gründer beziehen, sondern auch existierende gemeinnützige Einrichtungen und Initiativen sollten die Möglichkeit bekommen, sich mit Innovation auseinanderzusetzen und z.B. Schulungen zu digitalen Tools erhalten. Damit würden auch die Voraussetzungen für soziale Innovationen verbessert, die zur Lösung sozialer und ökologischer Herausforderungen in der Stadt beitragen.

Dafür sollte das Referat für Arbeit und Wirtschaft eine herausragende Rolle einnehmen.

## **7. Elternbeiräte institutionell fördern, auch den Gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen**

**Der Gemeinsame Elternbeirat von Grund- und Mittelschulen als rein ehrenamtliches Gremium benötigt eine hauptberufliche Geschäftsführung, um mehr Kontinuität und Wirksamkeit seiner Arbeit gewährleisten zu können.**

Der Gemeinsame Elternbeirat (GEB) ist gemäß Art. 66 Abs. 3 BayEUG das vom Gesetzgeber eingerichtete höchste Gremium der Elternvertretung an bayerischen Grund- und Mittelschulen.

Dementsprechend wird in der Stadt München sowohl für die Grundschulen als auch für die Mittelschulen jährlich ein Gemeinsamer Elternbeirat gewählt, der aus bis zu neun Mitgliedern bestehen kann. Der jeweilige Gemeinsame Elternbeirat vertritt die Interessen der Eltern von Schülerinnen und Schülern von 143 Grund- und derzeit 43 Mittelschulen der Landeshauptstadt München und nimmt deren Belange wahr. Die beiden rechtlich selbständigen Gremien halten Sitzungen und Vollversammlungen häufig gemeinsam ab, da es viele schulübergreifende Themen gibt.

Trotz der Vertretung rein Münchner Belange sind die Gemeinsamen Elternbeiräte der Grund- und Mittelschulen keine städtischen Beiräte, da Bildung grundsätzlich Ländersache ist. Die Vertreterinnen und Vertreter werden daher auch nicht zu den vom Direktorium organisierten halbjährlichen Vernetzungstreffen der Städtischen Beiräte eingeladen.

Dies ist zwar der Form halber nachvollziehbar, gleichwohl in der Sache unverständlich. Es ist schließlich anzunehmen, dass die Stadt München ein Interesse an einer funktionierenden und kooperativen Elternvertretung hat und sie entsprechend einbeziehen und unterstützen müsste.

Sie tut dies bisher eher nach Lage der Vorschriften. So stellt das Referat für Bildung und Sport (RBS) als Sachaufwandsträger im Sinne von Art. 3 BaySchFG zwar Büroräume mit entsprechender Ausstattung zur Verfügung, leistet aber keine Personalkostenzuschüsse, da es grundsätzlich nicht der Personalaufwandsträger im Sinne von Art. 2 BaySchFG ist – wobei zu prüfen wäre, ob nicht die personelle Ausstattung einer Geschäftsstelle der Gemeinsamen Elternbeiräte auch zum Sachaufwand gehört. Und es sei in diesem Zusammenhang angemerkt, dass der Stadtschülerinnen- und -schülervvertretung mit Beschluss des Stadtrats hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Seite gestellt wurden.

Dabei scheint ein entsprechender Beschluss bereits aus früheren Zeiten vorzuliegen. Einigen Unterlagen ist zu entnehmen, dass es früher durchaus eine Geschäftsstelle gegeben haben muss, als beide Gremien ihre Räumlichkeiten noch in der Implerstraße hatten.

Es ist jedenfalls festzustellen, dass der Elternbeirat an den Schulen wertvolle Arbeit leistet, die aber in ihrem Umfang und ihrer Komplexität im Ehrenamt kaum zu stemmen ist. Aus Sicht der Elternvertreterinnen und -vertreter besteht daher sowohl bei den städtischen Elterngremien als auch bei den Gemeinsamen Elternbeiräten der Grund- und Mittelschulen im Vergleich zu anderen städtischen Beiräten eine Ungleichbehandlung, die nicht nachzuvollziehen ist.

Um die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten und nicht von den ständig wechselnden ehrenamtlichen Mitgliedern abhängig zu machen, sollten jedoch alle Gremien eine Geschäftsstelle erhalten. Nur durch eine stabile, von wechselnden Wahlausgängen (derzeit ist es so, dass die neun Mitglieder zu Beginn des Schuljahres für nur ein Jahr neu gewählt werden) unabhängige Tätigkeit

kann nach Ansicht der Elternvertretungen gewährleisten, dass wichtige Themen, wie z.B. der Anspruch auf Ganztagsbildung oder die Umsetzung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auch seitens der Eltern mit einer gewissen Kontinuität bearbeitet und mitgestaltet werden können.

Die folgenden wichtigsten Problemstellungen mögen die Notwendigkeit einer personellen Ausstattung unterfüttern:

- **Unterstützung durch Elterngremien bei der Implementierung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung** (Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogrammes und der Agenda 2030). Auch Eltern sind bei der Umsetzung des UNESCO - Weltaktionsprogrammes und der Agenda 2030 wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. An vielen Grund- und auch Mittelschulen gibt es schon erfolgreiche Projekte und es werden außerschulische Lernorte aufgesucht. Diese sollten sichtbar und auch anderen Akteurinnen und Akteuren bekannt gemacht werden. Möglicherweise könnten die Gemeinsamen Elternbeiräte dann auch Bündnispartnerinnen und -partner der MIN-Initiative werden.
- **Koordinierungsstelle zwischen Schulen und externen Anbieterinnen und Anbietern.** Viele externe Anbieterinnen und Anbieter sowie Organisationen (wie z. B. das Theater Schauburg, das Münchner Bildungswerk, der Kreisjugendring u.a.) schicken ihre Informationen in Form von Flyern, Broschüren oder per E-Mail an die Elterngremien. Da diese in direktem Kontakt mit den Elternbeiratsvorsitzenden an den Schulen stehen, ist ebenfalls eine schnelle und effiziente Verbreitung der Informationen möglich.
- **Vernetzung der verschiedenen Elternbeiräte** der Krippen, der Kindertagesstätten sowie der Tagesheime oder auch mit den Gymnasien, da es zwischen diesen Gremien durchaus viele Schnittstellen gibt, wie z.B. der Abschluss der vierten Klasse und der Übertritt auf weiterführende Schulen.
- **Entlastung der rechtlichen Leitung des staatlichen Schulamtes und des Referates für Bildung und Sport** da sich viele Fragen von Eltern wiederholen (z.B. wie es sich mit der Einrichtung von Elternbeiratskonten oder Veranstaltungen im Schulgebäude verhält). Effizient wäre es, wenn der Elternbeirat gleich selbst qualifiziert Auskunft gibt.
- **Bewältigung der Herausforderung der Integration**, da in den vergangenen Jahren sehr viele Familien mit schulpflichtigen Kindern nach Deutschland gekommen sind (gemeinsames Elternfrühstück im Klassenzimmer, Elternstammtisch am Abend, Treffen im Biergarten zusammen mit den Kindern, Sprachpartnerschaften, Willkommensschulafeste...).
- **Das derzeit zweifellos wichtigste Thema der GEBs ist die Umsetzung des Anspruchs auf Ganztagsbildung.** Gemäß des zwischen der CSU und der SPD geschlossenen Koalitionsvertrages vom 12. März 2018 besteht für alle Grundschul Kinder ab 2025 ein Anspruch auf Nachmittagsbetreuung. Diesen möchte die Stadt München in Zukunft nach Möglichkeit neben dem Angebot an Horten und Tagesheimen sowie den Gebundenen und Offenen Ganztagschulen mit dem neuen Konzept der Kooperativen Ganztagsbildung (KoGaBi) erfüllen. Aus Sicht des



Gemeinsamen Elternbeirats der Grundschulen wäre es sinnvoll, die Eltern in einen partizipatorischen Prozess einzubinden und vor allem die bestehenden Elterninitiativen bereits jetzt auf mögliche "Umstrukturierungen" hinzuweisen.

Nach alledem haben die Gemeinsamen Elternbeiräte der Grund- und Mittelschulen daher die dringende Bitte, dass eine Geschäftsstelle personell besetzt wird, um diesen vorgenannten Punkten gerecht zu werden und um einen sinnvollen Beitrag zu der, aus ihrer Sicht so wichtigen, bildungspolitischen Entwicklung in der Stadt München leisten zu können.

Es besteht dringender Handlungsbedarf und es wäre nach derzeitigem Stand sinnvoll, eine Teilzeitkraft einzustellen, die sowohl für die Elternbeiräte der Grund- als auch für die der Mittelschulen die Ansprechperson wäre. Es handelt sich in erster Linie um rein verwaltungsbezogene Aufgaben, die für beide Gremien wahrgenommen und so Synergieeffekte optimal und effizient genutzt werden könnten.

### Handlungsempfehlung

Der Fachbeirat empfiehlt zusammen mit dem gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen GEB die Finanzierung einer Geschäftsstelle für den GEB mit mindestens einer halben VZÄ. Zuschussgeber der Geschäftsstelle sollte das Referat für Bildung und Sport sein.

Zudem empfiehlt der Fachbeirat die Erhöhung der einmal im Schuljahr für die jeweiligen Vorsitzenden des Elternbeirates an den Grund- und Mittelschulen gezahlten Aufwandspauschale von bisher 30 auf 50 Euro.

## **8. Ehrenamtspreis für Projekte initiieren**

**Mit München dankt! und der Ehrenamtskarte gibt es zwei sehr bewährte Angebote, um Ehrenamtlichen zu danken. Es sollte in Erwägung gezogen werden, eine ähnliche Würdigung auch für Projekte, die überwiegend von Ehrenamtlichen getragen werden oder für Organisationen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, einzuführen, um deren Arbeit anzuerkennen und bekannter zu machen.**

Es gibt sowohl auf kommunaler und Länderebene als auch bundes- und europaweit beispielgebende Auszeichnungen für Projekte. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern vergibt seit 10 Jahren einen Ehrenamtspreis ([www.bayern-evangelisch.de/wir-ueber-uns/Ehrenamtspreis-der-Landeskirche.php](http://www.bayern-evangelisch.de/wir-ueber-uns/Ehrenamtspreis-der-Landeskirche.php)). Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales lobt einen „Innovationspreis Ehrenamt“ aus und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) führt im Rahmen der Woche des bürgerschaftlichen Engagements bundesweit entsprechende Würdigungen durch. Auch auf europäischer Ebene wird jährlich der "Preis der Zivilgesellschaft" des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) vergeben.

Es stände der Stadt gut an, über die Ehrung von Privatpersonen hinaus auch kleine und große nachahmenswerte Projekte in der Stadt mit einem Preis öffentlich bekannt zu machen. Zugleich kommt damit den Trägern der Projekte eine entsprechende Wertschätzung zugute.

### Handlungsempfehlung

Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, einen Vorschlag für einen Preis für Bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Projekte zu erarbeiten.

## 9. Bisherige Handlungsempfehlungen und Stadtratsbeschlüsse

### a. Stadtratsbeschlüsse und Handlungsempfehlungen, die weiterverfolgt oder umgesetzt werden

#### Stand der Aufträge aus dem Stadtratsbeschluss 2018

Im Nachgang zum vierten Bericht des Fachbeirates konzentrierte sich der **Stadtratsbeschluss 2018** auf **drei Handlungsempfehlungen**. Es soll dargelegt werden, welche Schritte die beauftragten Akteurinnen und Akteure dazu im Anschluss unternahmen.

- Eines der Kernthemen des letzten Berichts, „**Förderung muss da stattfinden, wo die Ideen herkommen!**“ - „**Bürgerschaftliches Engagement zwischen Subsidiarität, Verrechtlichung und Effizienz**“, der ein gespanntes Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung beschrieb und unter dem Oberbegriff „Subsidiarität“ hohe Wellen geschlagen hatte, mündete in den Stadtratsbeschluss:

„Das Direktorium wird beauftragt, gemeinsam mit dem Fachbeirat konkrete Empfehlungen zu erarbeiten, um Abläufe zu erleichtern und rasche Entscheidungen zu ermöglichen, damit auf der einen Seite Rechtssicherheit und auf der anderen Seite Förderlichkeit für Bürgerschaftliches Engagement in Abwägung gebracht werden können.“

Die daraufhin aus Mitgliedern des Direktoriums und des Fachbeirats BE gebildete Arbeitsgruppe erarbeitete ein Eckpunktepapier, das sich von der konfliktbetonten Gegenüberstellung beider Seiten verabschiedete und die grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation betonte, die vielerorts anzutreffen ist und schon immer anzutreffen war.

Denn trotz des im Grundsatz immer noch gültigen Problemaufrisses des genannten Kapitels zeigen viele Beispiele eben auch eine einvernehmliche Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren und den verschiedenen entscheidungstragenden Ebenen der Stadt. Diese wurden als mutmachende Beispiele und sinngebende Motive dem Eckpunktepapier vorangestellt.

Es sollte damit ein Prozess angestoßen werden, der nicht mehr das gegenseitige Unverständnis beklagt, sondern die Agierenden auf Seiten der Verwaltung und der Zivilgesellschaft zu verschiedenen Zeiten auf verschiedenen Ebenen zusammenbringt oder bereits etablierte Gremien, Besprechungstermine, Zusammenkünfte etc. nutzt, um im offenen Dialog die manchmal gegensätzlichen Erfahrungen und Sichtweisen auszutauschen. Auf der Grundlage des dann erworbenen besseren gegenseitigen Verständnisses können konkrete Handlungsstrategien und operationale Maßnahmen diskutiert werden, die in übertragbare und praktikable, d.h. zielführende Empfehlungen münden.

Mit diesen Empfehlungen wäre der Stadtratsauftrag letztlich erfüllt – jedoch als Ergebnis eines Prozesses, der wesentliche Teile der Stadtgesellschaft und der Verwaltung einbezieht und nicht als Ergebnis einer Arbeitsgruppe, die den bestehenden Regelungen weitere hinzufügt.

Die ersten Schritte sind bereits gegangen: Nachdem der Fachbeirat BE den Entwurf der Arbeitsgruppe begrüßt und den kooperativen Ansatz als unterstützenswert eingeschätzt hatte, wurden in der AGBE (die Arbeitsgemeinschaft der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement in den Referaten) die unterschiedlichen Positionen von Verwaltung und Zivilgesellschaft beleuchtet. Hier zeigte sich, dass trotz der unterschiedlichen Erfahrungshintergründe die jeweiligen fachlichen Inhalte und angestrebten Ziele im Grunde nicht wirklich weit voneinander entfernt sind.

Beim jährlichen Treffen des Forums BE mit der AGBE wurden Analysen konkretisiert und Ideen für Zielformulierungen entwickelt.

Im weiteren Verlauf, der von einer erweiterten AG getragen wird, soll ein gemeinsames Motto mit Wiedererkennungswert die verschiedenen Stränge des Prozesses einen: „Gemeinsam stark – Gemeinsam handeln, Stadt und Bürgergesellschaft für München“ wird als Arbeitstitel präferiert.

Um möglichst viele Perspektiven zu erfassen, werden weitere Gremien und Arbeitstreffen genutzt, zusätzlich soll auch die Leitungsebene der Referate sowie die politischen Vertreter\*innen einbezogen werden.

Der Prozess braucht einen langen Atem und wird keine schnellen Ergebnisse zeitigen. Er ist auf einem (hoffentlich) guten Weg und benötigt vor allem ideelle Unterstützung von allen maßgeblichen Akteuren.

- **SamoFA**, ein Bundesprojekt, das das Netzwerk MORGEN – Netzwerk der Migrantenvereine auf Münchner Ebene umsetzt, wird weiter durch das BAMF gefördert. Ziel ist es, Migrantenorganisationen, die geflüchteten Landsleuten helfen, zu fördern und zu stützen. In Kooperation mit den Münchner Freiwilligen-Agenturen und FöBE wurde der SamoFA Ansatz um das Projekt „Mach mit“ erweitert. Es eröffnet Geflüchteten verstärkt den Zugang ins freiwillige Engagement. Sie gewinnen darüber wertvolle Netzwerkkontakte und erleben, dass sie sich in ihrer neuen Heimat einbringen und etwas verändern können.
- **Leitlinien für ein effektives Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz**  
Mit Beschluss der Vollversammlung vom 21.03.2018 wurde die Branddirektion damit beauftragt, zu untersuchen, welche Personal- und Sachressourcen für die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für ein verbessertes Zusammenwirken von Spontanhilfe und Katastrophenschutz notwendig sind. In einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Verantwortlichen der Branddirektion, Freiwilliger Feuerwehr und FöBE, wurden in 2018 und 2019 die Ressourcen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes beschrieben. Als besonders bedeutend zeigte sich hierbei die Einbindung dieses „neuen Arbeitsbereiches“ in die behördlichen Einsatzkonzepte. Diesbezüglich hat der Kreisverwaltungsausschuss am 23.07.2019 beschlossen, der Branddirektion dauerhaft ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) für die Erstellung, Einführung und Evaluierung einer entsprechenden Konzeption zur Einbindung der Spontanhelferinnen und -helfer in die bestehenden Konzepte der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zur Verfügung zu stellen.

Dagegen konnte die Einbindung der Freiwilligen Feuerwehr, als „Bindeglied“ zwischen Behörde und Ehrenamt, sowie die Vernetzung mit relevanten Akteuren des Bürgerschaftlichen Engagements, mit der Branddirektion bis dato leider nicht geklärt werden. Dies war jedoch ein Kernstück der Handlungsempfehlungen des vierten Fachbeiratsberichtes.

## Handlungsempfehlung

Das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) soll strukturell und personell unterstützt werden. Der Fachbeirat empfiehlt, dass Branddirektion und Freiwillige Feuerwehr zusammen das Konzept zur Einbindung von Spontanhilfe in den Katastrophenschutz weiterentwickeln und die FFW dafür die Zuschaltung einer halben VZÄ erhält. Damit kann die FFW ihre besondere Rolle als Bindeglied zwischen Ehrenamt und professionellem Rettungswesen zur Geltung bringen.

Aus vorangegangenen Fachbeiratsberichten und Stadtratsbeschlüssen resultierten verschiedene Aufträge und Empfehlungen an die Verwaltung, die wie folgt umgesetzt wurden oder in Bearbeitung sind.

- Die **Befragung** durch ein Sozialforschungsinstitut aus den Jahren 2017 und 2018 bei 6000 **Münchener Vereinen** <sup>6</sup> ist erfolgreich abgeschlossen und es liegen konkrete Handlungsempfehlungen vor. Ein Expertinnen- und Expertenkreis<sup>7</sup> priorisiert gerade unter der Moderation des Direktoriums die ersten Umsetzungsschritte. Angedacht sind ein Vereine-Tag und Peer-to-Peer Workshops, die erfolgreiche Gewinnungsstrategien von Vorständen und Mitgliedern etc. aufzeigen. Die Erfahrungen der Stelle Bürgerschaftliches Engagement im Kulturreferat aus Pilotprojekten für *Vereine im Wandel* kommen hier zur Anwendung. Als Drittes wird ein spezielles Angebot für Kleinstvereine zum Selbstmarketing angezielt, denn sie machen die Hälfte der befragten Vereine aus. Das Direktorium nimmt es bisher in die Hand, den Prozess voranzutreiben und auf Honorarbasis einen Experten zu finanzieren, der die Umsetzung der ersten Maßnahmen plant. Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement und Direktorium betonen ausdrücklich, dass eine Umsetzung der Handlungsempfehlungen für die Vielzahl der Münchner Vereine nur über neue, verlässliche Personalressourcen zu leisten ist.
- Die verschiedenen **Beiräte der Stadt** werden zweimal pro Jahr durch das Direktorium zu einem Vernetzungstreffen eingeladen. Dies ergab sich aus einem Beschluss des Stadtrates zu „Mitwirkungsmöglichkeiten der städtischen Beiräte an der Stadtpolitik“ aus 2016. Erfahrungsaustausch, Abgleich der Arbeitsbedingungen und der Formen politischer Einflussnahme sind damit möglich geworden. Positiv erwähnt sei auch, dass die Vorsitzenden und Stellvertretungen der Beiräte eine Aufwandsentschädigung erhalten. Ebenfalls möglich ist die Finanzierung einer Kinderbetreuung für die Zeit der Sitzungen und Klausuren.
- Zum zweiten Mal wird die **Anerkennung „Münchens ausgezeichnete Unternehmen“** verliehen und ein Newsletter für Unternehmensengagement wurde eingerichtet (siehe Kapitel Unternehmensengagement).
- Das Sozialreferat fördert seit Januar 2019 eine Stelle zu „**Lernen durch Engagement**“ bei der Stiftung Gute-Tat. Damit können mehr Schulen dieses Engagement-Konzept für Schülerinnen und

---

<sup>6</sup> [https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris\\_vorlagen\\_dokumente.jsp?risid=5109016](https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=5109016)

<sup>7</sup> Der Expertinnen- und Expertenkreis setzt sich zusammen aus Vertretungen von: Direktorium LHM, Sozialforschungsinstitut SIM, Netzwerk der Migrantenvereine MORGEN, Landesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (Mitglied Fachbeirat BE), FöBE (Geschäftsführung Fachbeirat BE) Selbsthilfezentrum und Forum BE (Vorsitz Fachbeirat BE), Kulturreferat (BE-Beauftragte), Gleichstellungsstelle LHM.

Schüler kennenlernen und in ihren Lehrplan integrieren. Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Zugang zu gesellschaftlichem Engagement zu eröffnen und sie in ihrem Selbstbewusstsein und in ihrer Demokratiefähigkeit zu stärken.

- In den 2. **Aktionsplan 2018 zur UN Behindertenrechtskonvention** flossen Projekte ein, die die Freizeitmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung über ehrenamtliche Freizeitassistenzen erweitern werden und das freiwillige Engagement von Menschen mit Behinderung auf den Weg bringen.
- Die **Raubbörsen**, die FÖBE, das Kulturreferat, das Selbsthilfezentrum und das Direktorium für Initiativen und Vereine des Bürgerschaftlichen Engagements anbieten, sind für diese eine wertvolle Hilfe, einen besseren Zugang zu günstigeren Räumen zu finden. Erhebliche Optimierungsmöglichkeiten auf Seiten der Stadt (Vereinheitlichung der diversen Raumbörsen der Stadt) und auf Stadtebene sind jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft.
- Die Überregulierung der **Asylhelferkreise** durch die Vorschrift, **ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis** einzuführen, wurde durch das entschiedene Handeln des Direktoriums beseitigt und die Organisation dieser Sicherheitsmaßnahme in die Verantwortung der Asylkreise gelegt. Die Stadtverwaltung gab dazu einen entsprechenden Handlungsleitfaden heraus. Stadtteilnahme Asylhelferkreise konnten sich danach über die Willkommen-in-München Plattform bekannt machen und wurden für Interessierte noch zugänglicher.
- Seit dem letzten Bericht des Fachbeirats 2017 ist die politische und mediale Aufmerksamkeit für **die Freiwilligen in der Flüchtlingsarbeit** deutlich zurückgegangen, den rechten Gruppierungen sowie den sog. „besorgten Bürgern“ hingegen wurde viel Platz eingeräumt. Umso bemerkenswerter ist es, dass das Engagement in München angesichts dieser massiven öffentlichen Polarisierung nicht eingebrochen ist. Die Stadt ist bei ihrer großzügig angelegten Förderung der professionellen Strukturen geblieben und hat Lücken gefüllt, die die Landespolitik durch ihre Kürzungen hinterlassen hatte. Konkret hat die Stadt Ende 2018 die umfangreichen Förderungen der Flüchtlings- und Freiwilligenarbeit mit Millionenbeträgen fortgesetzt. Es wirkt so, als ob der Stadtrat das gerne täte, aber vielleicht aus Sorge vor einer Neiddebatte diese Erfolgsgeschichte nicht veröffentlicht. Der Beirat ist der Meinung, dass der Stadtrat in diesem Fall sein Licht nicht unter den Scheffel stellen sollte.

Rund um das Thema „**Integration von Geflüchteten**“ sind neue, nachhaltige Kooperationen und eine Fülle von Initiativen entstanden. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden über eine verlässliche Ehrenamtskoordination im Rahmen der Asylsozialarbeit in den Unterkünften oder auch zum Beispiel beim Münchner Flüchtlingsrat begleitet. Daraus resultiert, dass trotz der weiter bestehenden politischen Restriktionen für Asylsuchende Freiwillige aktiv sind und beim Spracherwerb, bei der Wohnungssuche und beim Übergang Schule-Beruf sowie bei der Arbeitssuche unterstützen oder dazu beitragen, dass die Neuzugezogenen hier in München eine neue Heimat finden.

Aktuell gibt es das 3-Säulen-Modell in der Betreuung von Geflüchteten in allen Münchner Unterkünften, sowohl in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften, kommunalen/dezentralen Unterkünften als auch Ankereinrichtungen, welches sich sehr bewährt. Eine Säule ist die

Asylsozialberatung, eine weitere Säule sind die Unterstützungsangebote für begleitete geflüchtete Kinder und Jugendliche und die dritte Säule ist die Ehrenamtskoordination.

Die kommunal finanzierte Ressource für die Ehrenamtskoordination ist jeweils bei dem Träger angesiedelt, der auch für die Asylsozialberatung und die Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche zuständig ist. Sie besteht in der Regel aus den zwei Komponenten Netzwerkarbeit und Beratung/Begleitung der Freiwilligen. Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren übernehmen zum einen die Netzwerkarbeit rund um die Unterkünfte, laden zu Ehrenamtstreffen ein, organisieren Fortbildungen, beantragen München dankt! und vermitteln Engagementanfragen in die Unterkünfte des Trägers usw. Zum anderen sind sie Ansprechpersonen für die Freiwilligen direkt in den Unterkünften, die dort die Einsätze organisieren und die Freiwilligen begleiten. Hier handelt es sich oft um ganz niedrigschwellige, aber bedeutsame Aufgaben wie Raum auf- und absperren, Termine vereinbaren oder die Organisation von Dolmetscherinnen und Dolmetschern. Es sind auch diejenigen, die Atmosphäre, Motivation und Gefühle der Freiwilligen direkt mitbekommen und auffangen. Beispielsweise, wenn eine Flüchtlingsfamilie, die von einer Freiwilligen über längere Zeit betreut wurde, in ihr Herkunftsland rückgeführt wird. Dann sind meist Schock, Wut und Traurigkeit da. Die Ehrenamtskoordination ist dann an ihrer Seite.

Die Dienste der Asylsozialberatung und der Unterstützungsangebote signalisieren große Zufriedenheit, dass die Ehrenamtskoordination einerseits zentral organisiert wird (somit können sie sich um ihre Kernaufgaben kümmern) und dennoch mit zum Team gehört, d.h. an den regelmäßigen Hausbesprechungen und Runden Tischen teilnimmt. Dieses o. g. 3-Säulen-Modell hat sich sehr bewährt.

Ein Schwerpunkt bei den freiwillig Engagierten hat sich hin zum 1:1 Engagement und Patenschaften entwickelt. Die Motivation, Geflüchtete intensiver und dauerhafter zu begleiten, ihnen in ihrem Lebensalltag zur Seite zu stehen, ist aktuell sehr gefragt. Während dieser Engagementform signalisieren die Freiwilligen hohen Gesprächs- und Austauschbedarf mit Hauptamtlichen und für Supervision, da die engen Beziehungen mit den Geflüchteten und deren Schicksale oft nur schwer zu verarbeiten sind.

Ein zweiter Schwerpunkt bei den freiwillig Engagierten ist die Motivation positive Erlebnisse mit den Geflüchteten zu gestalten und Kultur zu erleben. Feste, Ausflüge, Theater, Festivals, Konzerte, Ausstellungen miteinander zu besuchen. Hierbei funktionieren die Netzwerkarbeit und die Kooperation mit anderen Münchner Freiwilligenorganisationen inzwischen sehr gut und unkompliziert.

**Bellevue de Monaco** ist zu einem Kristallisationspunkt für Ehrenamtliche und Geflüchtete geworden. Viele relevante Akteure aus der Hilfe für Geflüchtete wirken an diesem Ort.

„#ausgehetzt das BÜNDNIS“, „München ist bunt“ und „Gemeinsam für Menschenrechte und Demokratie“ sind nur einige der vielen von Ehrenamtlichen getragenen **Säulen einer wachen Zivilgesellschaft**, die sich gegen rechte Strömungen wendet. Sie sind Garanten eines demokratischen Zusammenlebens in einer Stadt der Vielfalt.

## Handlungsempfehlung

Um die ersten Maßnahmen zur Stärkung der Münchner Vereine nachhaltig umsetzen zu können, empfiehlt der Expertinnen- und Expertenkreis als ersten Schritt eine Halbtagsstelle bei FÖBE einzurichten.

### **b. Relevante, unerledigte Beschlussempfehlung**

#### **Arbeitsgruppe Monetarisierung**

Monetarisierung und Instrumentalisierung des Ehrenamtes sind stets wiederkehrende Bedrohungen des Ehrenamtes, das in seinem Eigensinn und in seiner Unabhängigkeit geschützt bleiben muss. Die Diskussion darüber sollte zeitnah und fortlaufend geführt werden, um einen schleichenden Erosionsprozess zu verhindern.

Aktuelles Beispiel für eine Instrumentalisierung des Ehrenamtes sind die haushaltsnahen Dienste im Rahmen der Ausbildung zum Demenzhelfer/zur Demenzhelferin.

Das Münchner Helfernetzwerk Demenz, hat sich seit 2004 etabliert und ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Diensten und Einrichtungen, die in der Stadt München einen vom Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) anerkannten ehrenamtlichen Helferkreis führen. Zuschussgeber für dieses Projekt ist das bayerische Sozialministerium.

Im § 45a Abs. 2 SGB XI wird von Einrichtungen, die Angebote zur Unterstützung im Alltag anbieten, eine zielgruppen- und tätigkeitsgerechte Qualifikation der Helfenden gefordert. Zielsetzung für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des Münchner Netzwerkes Demenz ist in erster Linie die Betreuung und Aktivierung von Menschen mit Demenz, in deren Folge eine Entlastung der Angehörigen einhergeht. Für diese Tätigkeit bedarf es einer adäquaten Wissensvermittlung insbesondere zum Krankheitsbild Demenz sowie zur Kommunikation und zum Umgang mit Betroffenen.

Das neue Schulungskonzept enthält nun zusätzlich das Modul „Unterstützung bei der Haushaltsführung“ mit einem Umfang von zehn Unterrichtseinheiten bei gleichbleibend vierzig Unterrichtseinheiten insgesamt. Nach Einschätzung des Münchner Helfernetzwerkes Demenz hat dies zur Folge, dass den eigentlichen Inhalten von ehrenamtlich Helfenden nicht ausreichend Zeit gewährt wird. Die Inhalte des Moduls „Unterstützung bei der Haushaltsführung“ entsprechen nicht dem Tätigkeitsfeld eines Ehrenamtes, es werden Helferinnen und Helfern Inhalte vermittelt, die sie in ihrem späteren Einsatzbereich nicht benötigen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass dies Auswirkungen auf die Motivation neuer potenzieller Helferinnen und Helfer haben kann.

**Auch hat sich der größte Teil der Helferinnen und Helfer des Münchner Netzwerkes Demenz bewusst für die Tätigkeit in einem ehrenamtlichen Helferkreis entschieden. Diese Tätigkeit umfasst die Bereiche Begleitung, Aktivierung und Begegnung und nicht die Dienstleistung einer hauswirtschaftlichen Unterstützung.**

Es ist eine Tatsache, dass einige Lernziele die Zuständigkeit von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern überschreiten. Beispielsweise stimmt die Forderung, dass Helfende regional zur Verfügung stehende Angebote vor dem Hintergrund der gegebenen Rahmenbedingungen und dem Bedarf der Person einordnen, nicht mit dem Tätigkeitsprofil ehrenamtlich Helfender überein. **Dies ist eine originäre Aufgabe von Fachkräften.**

Da die Schulung bspw. auch für Fachkräfte Voraussetzung ist um Leistungen abzurechnen, ist es für ehrenamtlich Helfende unter Umständen nicht erkennbar, worin sich ihr Ehrenamt von einer professionellen Dienstleistung unterscheidet.

**Für das Münchner Helfernetzwerk Demenz ist es elementar, dass die spezifische Stellung des Ehrenamtes im Unterstützungssystem für Betroffene klar eingeordnet ist und keine Dienstleistung im Vordergrund**



**steht. Nur so kann die ehrenamtliche Tätigkeit auch in Zukunft Bestand haben. Familien sollen ehrenamtliches Engagement weiterhin als konkrete Hilfe für den Demenzerkrankten und zur zeitlichen und emotionalen Entlastung des Angehörigen wahrnehmen.**

Leider konnte die **AG „Monetarisierung“** unter der Federführung des Sachgebietes BE im Sozialreferat aus Personalmangel nicht weitergeführt werden. Um abzuwenden, dass das Ehrenamt zu einem Lückenbüßer für nicht ausreichend finanzierte soziale Handlungsfelder oder anstelle von professionellen Dienstleistungen eingesetzt wird, muss von kommunaler Seite ein fortlaufender Klärungsprozess gewährleistet werden. Fachtage mit Expertinnen und Experten aus dem Arbeitsrecht und weiteren Bereichen, Begriffsklärungen und ein Code of Ethics waren die konkreten Handlungsempfehlungen aus dem vergangenen Bericht.

### Handlungsempfehlung

Aufgrund einer zunehmenden Instrumentalisierung des Ehrenamtes ist es dringend geboten, die Fachgruppe Monetarisierung baldmöglichst wiedereinzusetzen und fortzuführen. Unter anderem dafür braucht das Sachgebiet Bürgerschaftliches Engagement im Sozialreferat eine adäquate Nachbesetzung der vakanten Team-Leitungsstelle. Sollte eine zeitnahe Besetzung nicht möglich sein, müssen andere Lösungswege durch die Stadtverwaltung gefunden werden.

## **10. Neue Personen und Themen im Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement**

### **a. Veränderungen in der personellen Zusammensetzung des Fachbeirats**

- Gemäß Stadtratsauftrag erweiterte der Fachbeirat die Zahl seiner Mitglieder.
- Die beiden Vorsitzenden sind derzeit Norbert Huber und Klaus Grothe-Bortlik.
- Ulrich Jakubek, stellvertretender Leiter und Geschäftsführer des Amts für Gemeindedienst der evangelischen Landeskirche und Geschäftsführer Fachbeirat Ehrenamt in der ELKB wurde als Vertreter für die Religionsgemeinschaften und Kirchen gewonnen.
- Katharina Entfellner, freiwillig tätig beim Münchner Flüchtlingsrat, vertritt die Perspektive der Ehrenamtlichen.
- Maresa Tworek-Pollmer, stellvertretende Vorsitzende des Gemeinsamen Elternbeirates der Grundschulen in München repräsentiert den Bereich Bildung und Schule.
- Dr. Heinz Sedlmeier, Geschäftsführer des Landesbundes für Vogelschutz und Mona Fuchs, Geschäftsführerin des Münchner Klimaherbst vertreten den Bereich Nachhaltigkeit und Umwelt.
- Tobias Bartschinski, Geschäftsführer der Münchner Alzheimer Gesellschaft wurde für den Bereich Gesundheit angeworben.
- Frau Ivakko, Bayerisches Rotes Kreuz und Mitglied für die ARGE wurde verabschiedet. An ihre Stelle trat Frau Andrea Betz, Innere Mission und Sprecherin der ARGE.
- Der Bereich „Kultur“ ist bis dato noch unbesetzt.

### **b. Ausweitung der Arbeitsweise des Fachbeirats**

Nach dem letzten Berichtszyklus verpflichtete sich der Fachbeirat, seine Themen und Handlungsempfehlungen mit Hilfe von Workshops und Fachgesprächen mit relevanten Akteuren aus der Zivilgesellschaft, Politik und der Verwaltung zu erarbeiten. Die Ergebnisse dieser Vorgespräche und Beratungen flossen in die Darstellung der einzelnen Themen und in die Handlungsempfehlungen ein.

Die Satzung des Fachbeirates ist im Personal- und Verwaltungsausschuss am 25. September 2019 beschlossen und der Vollversammlung des Stadtrates zur Genehmigung vorgelegt worden. Damit ist eine weitere Lücke geschlossen, auf dem Weg, die Arbeits- und politischen Einflussbedingungen der Beiräte in München anzugleichen.

Die Beiratsarbeit erhält damit einen klaren, rechtlichen Rahmen, der die Mitwirkungs-möglichkeiten definiert und eine Aufwandsentschädigung von ehrenamtlich tätigen Beiratsmitgliedern begründet. In § 1 werden die Aufgaben und Rechte des Fachbeirats geregelt, darunter auch ein eigenes Antrags- und Empfehlungsrecht. In § 2 werden die Bereiche aufgeführt, die im Fachbeirat vertreten sein sollen, sowie die Art und Dauer der Berufung geregelt. Das Vorschlagsrecht für neue Mitglieder liegt bei den Vertretungen einiger oder der in der Satzung aufgeführten Engagementgebiete bei den entsendenden Organisationen bzw. Gremien. Damit wird das Besetzungsverfahren zugunsten der entsendenden Mitglieder festgelegt und vereinfacht. Zudem gibt es zwei stimmberechtigte Plätze für Expertinnen und Experten, die auch den Vorsitz übernehmen

können. Insgesamt ist dies eine sehr zufriedenstellende und wertschätzende Lösung für den Fachbeirat.

In den vergangenen zwei Jahren wurde der Fachbeirat mehrfach aufgefordert, zu Themen des Bürgerschaftlichen Engagements in München Stellungnahmen einzureichen oder gab sie aus eigener Initiative ab. Auch das hat den Aktionsradius des Fachbeirates erweitert und fand Resonanz in der Verwaltung, sowie in der Politik.

Stellungnahmen und Inhaltliche Positionen wurden an das Direktorium zu den folgenden Themen weitergeleitet:

- Stadtbezirksbudgets
- Vergleich städtischer Beiräte und Bezirksausschüsse
- Vereinslandschaft und Bürgerschaftliches Engagement in München
- Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement im Referat für Gesundheit und Umwelt
- Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung in München
- Gesamtplan Integration von Geflüchteten

### c. Mitwirkende im Fachbeirat und Kurzbeschreibung ihrer Tätigkeiten

Wissenschaft	Prof. Luise Behringer, Professorin an der Katholischen Stiftungshochschule München, Campus Benediktbeuern
Gesundheit	Tobias Bartschinski, Geschäftsführer der Alzheimer Gesellschaft München
ARGE Freie	Andrea Betz, Innere Mission, Sprecherin der ARGE freie
Unternehmen	Kristina Dengler, Vorsitzende von Unternehmen für München e.V.
Ehrenamtliche	Katharina Entfellner, Freiwillige beim Münchner Flüchtlingsrat
Umwelt	Mona Fuchs, Geschäftsführerin Münchner Klimaherbst
Verwaltung	Felix Gertkemper, Direktorium Stadt München, beratendes Mitglied
Sozialpolitischer Diskurs	Andreas Görres, Berufsbetreuer
Forum Bürgerschaftliches Engagement Experte	Klaus Grothe-Bortlik, Geschäftsführer Selbsthilfezentrum Norbert J. Huber, ehem. Geschäftsführer Caritas München, Schöffe
Hilfsorganisation	Andreas Igl, Freiwillige Feuerwehr
Religionsgemeinschaft	Ulrich Jakobek, Evangelische Landeskirche, Amt für Gemeindedienst
Unternehmerverband	Verena Jörg, Industrie- und Handelskammer
Migration	Dimitrina Lang, Vorsitzende Migrationsbeirat
Landesnetzwerk	Dr. Thomas Rübke, Geschäftsführer Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
Umwelt	Dr. Heinz Sedlmeier, Geschäftsführer Landesbund für Vogelschutz
Schule und Kita	Maresa Tworek-Pollmer, stellv. Vorsitzende der gemeinsamen Elternbeiräte von Grund- und Mittelschulen
Kreisjugendring	Gerhard Wagner
Geschäftsführung	Dr. Gerlinde Wouters, FÖBE

## 11. Beschlussempfehlungen

München kann stolz sein auf seine aktive und engagierte Bürgerschaft. Die hohe Engagementbereitschaft der Stadtbevölkerung verdient Anerkennung und Unterstützung. Für die Förderung und Weiterentwicklung dieser bürgerschaftlichen Potentiale wurden vom Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement Handlungsempfehlungen formuliert, die in den einzelnen Kapiteln themenbezogen zu finden sind und hier abschließend zusammengeführt und zu Beschlussempfehlungen verdichtet werden.

### Vernetzte Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements im Stadtviertel

Der Fachbeirat empfiehlt die Entwicklung einer vernetzten Infrastruktur von bürgerschaftlichem Engagement in den Münchner Stadtvierteln. Diese Struktur ist in den Katalog der Infrastruktureinrichtungen vor Ort aufzunehmen. Dies gilt besonders für die Planung von Neubau- und Zugzugsgebieten. Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, das Konzept einer dezentralen Infrastruktur zu bürgerschaftlichem Engagement im Stadtviertel zu entwickeln, das ein Förderverfahren sowie ein Organisationsmodell beinhaltet. Dieses Konzept soll dem Stadtrat vorgelegt werden.

### Förderung und Finanzierung von Initiativen

Die Hürden bei der Antragstellung und der Aufwand beim Nachweis der Mittelverwendung sollten insbesondere bei Initiativen und bei geringen Fördersummen deutlich abgesenkt und reduziert werden. Es sind mehr Möglichkeiten für Kleinstförderungen zu schaffen. Die Fördersysteme müssen vereinfacht und ein besserer Überblick ermöglicht werden.

Dazu gehören im Einzelnen:

- Niederschwellige Antrags- und Abrechnungsverfahren bei den Stadtbezirksbudgets.
- Eine Suchmaske als Orientierungshilfe, die über Zuschüsse und Drittmittel mit persönlichen Ansprechpersonen informiert. Die Stiftungsverwaltung könnte einen ersten Überblick über Stiftungen erstellen.
- Ein Leitfaden oder eine Broschüre „Zuschüsse und Drittmittelakquise“, die sich am Entwicklungsstand eines Vereins orientieren und wertvolle Hinweise zu Antragstellung und Mittelnachweis, zum Selbstmarketing und zu Beratungsstellen liefern. „Den Verein auf sichere finanzielle Beine stellen“ sollte ein wichtiges Element sein.
- Eine Lotsenstelle in der Stadtverwaltung, die hilft, sich im „städtischen Förderdschungel“ zu orientieren. Dafür braucht es Personalressourcen bei der gesamtstädtischen Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement im Direktorium.
- Die Referate selbst müssen mehr Einblick in ihre Förderlogiken geben und die Zuschussregelungen sowie die entsprechenden Ansprechstellen auf ihren Internetseiten veröffentlichen.

### Nachhaltigkeitsstrategie für München

Der Einsatz für Nachhaltigkeit bringt gegenwärtig eine der größten zivilgesellschaftlichen Bewegungen unserer Zeit hervor. Bürgerschaftliches Engagement ist hier besonders stark ausgeprägt.

Deshalb ist es nötig, eine geeignete Struktur zu finden, die den Austausch und die Kommunikation von Stadtverwaltung und -politik mit den Nachhaltigkeitsinitiativen ermöglicht. Vorstellbar wären regelmäßige (z.B. halbjährliche) Nachhaltigkeits-Jour fix zwischen Initiativen und der Stadtspitze (OB, Referatsleitungen, Stadträtinnen und Stadträte), sowie (vierteljährliche) themenbezogene Treffen auf Arbeitsebene der Referate, um das Know-How aus der Zivilgesellschaft in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung miteinzubeziehen.

Der Stadtrat sollte sich mit dem Konzept und dem vorliegenden Förderantrag der Münchner Initiative Nachhaltigkeit (MIN) befassen mit dem Ziel, entsprechende Ressourcen für MIN bereit zu stellen.

Zu einem Fördersystem für Nachhaltigkeitsinitiativen gehören im Einzelnen:

- Eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Fördermöglichkeiten für Nachhaltigkeitsinitiativen, z.B. auf [muenchen.de](http://muenchen.de). Insbesondere die Bezirksausschüsse sollten ihre Fördermöglichkeiten für Nachhaltigkeitsinitiativen aufzeigen. Doch deutlich wirksamer wäre eine zentrale Anlaufstelle „Förderberatung der Landeshauptstadt München“. Für die Landwirtschaft gibt es bereits solche Anlaufstellen.
- Ein großer Teil der Anschubfinanzierungen sollte ersetzt werden durch deutlich mehr Regelfördermöglichkeiten sowohl für große als auch für kleinere Fördersummen, die den Initiativen Planungssicherheit und inhaltliche Vorarbeit ermöglichen. Insgesamt sollten sämtliche Anträge und Verwendungsnachweise, vor allem für Fördersummen unter 5.000 €, einfacher, unbürokratischer und weniger umfangreich sein.

Entstehen aus Initiativen Projektideen, die sich direkt an die Verursachenden (Produktion, Energieversorgung, Bauträger) von Problemen wenden, sollten diese durch die Stadtpolitik sowie durch die Verwaltung unterstützt und gefördert werden. Oft sind solche Aktionen vielversprechender und tiefgreifender als Aufklärungskampagnen für die Endverbraucherinnen und -verbraucher.

Der Fachbeirat empfiehlt eine deutliche Ausweitung der Vernetzung und Kooperation im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung an Kitas und Schulen (BNE), zum einen mit Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrerinnen und Lehrern, zum anderen mit den Elternbeiratsmitgliedern. Ein übersichtliches Online-Angebotsportal, welches sämtliche BNE-Angebote mit entsprechenden Kontaktdaten übersichtlich auflistet, ist der erste, wichtige Schritt dabei.

## Unternehmensengagement und Social Entrepreneurship

Die Stadt München und das Unternehmensnetzwerk (UfM) sollten bei der Etablierung von Round Tables zusammen auftreten. Ziel ist es, Vertretungen von Verwaltung, Wirtschaft (IHK, UfM), Zivilgesellschaft und Politik an einen zu Tisch bringen und strategische, für die Stadt wichtige Themen gemeinsam zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

Aufgrund des entwicklungsfähigen Austauschs und des gleichzeitig gewinnbringenden Potenzials für beide Seiten empfehlen wir die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen gemeinnützigen Organisationen und Social Entrepreneurs zu fördern. Ein akteursübergreifendes Netzwerk wäre

für beide Seiten bereichernd und könnte helfen, auf der einen Seite eine „Erfahrungs-“ und auf der anderen Seite eine „Innovations- und Digitalisierungslücke“ zu schließen. Konkret über ein Netzwerk kann ein regelmäßiger Austausch auf Fachebene stattfinden und ggf. die Bearbeitung gemeinsamer Themen angestoßen werden.

Die Förderung der medialen und politischen Aufmerksamkeit für soziale Innovationen ist grundsätzlich wünschenswert sowie das Eintreten der Stadt München für innovations-freundliche Rahmenbedingungen. Das sollte sich nicht nur auf Gründerinnen und Gründer beziehen, sondern auch existierende gemeinnützige Einrichtungen und Initiativen sollten die Möglichkeit bekommen, sich mit Innovation auseinanderzusetzen und z.B. Schulungen zu digitalen Tools erhalten. Damit würden auch die Voraussetzungen für soziale Innovationen verbessert, die zur Lösung sozialer und ökologischer Herausforderungen in der Stadt beitragen. Dafür sollte das Referat für Arbeit und Wirtschaft eine herausragende Rolle einnehmen.

## Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen

Der Fachbeirat empfiehlt zusammen mit dem gemeinsamen Elternbeirat an Grund- und Mittelschulen GEB die Finanzierung einer Geschäftsstelle für den GEB mit mindestens einer halben VZÄ. Zuschussgeber der Geschäftsstelle sollte das Referat für Bildung und Sport sein.

Zudem empfiehlt der Fachbeirat für BE die Erhöhung der einmal im Schuljahr für die jeweiligen Vorsitzenden des Elternbeirates an den Grund- und Mittelschulen gezahlten Aufwandspauschale von bisher 30 auf 50 Euro.

## Preis für das Bürgerschaftliche Engagement in München

Das Direktorium wird zusammen mit dem Fachbeirat beauftragt, einen Vorschlag für einen Preis für Bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Projekte zu erarbeiten.

## Spontanhilfe und Katastrophenschutz

Das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr (FFW) soll strukturell und personell unterstützt werden. Der Fachbeirat empfiehlt, dass Branddirektion und Freiwillige Feuerwehr zusammen das Konzept zur Einbindung von Spontanhilfe in den Katastrophenschutz weiterentwickeln und die FFW dafür die Zuschaltung einer halben VZÄ erhält. Damit kann die FFW ihre besondere Rolle als Bindeglied zwischen Ehrenamt und professionellem Rettungswesen zur Geltung bringen.

## Münchner Vereine

Um die ersten Maßnahmen zur Stärkung der Münchner Vereine nachhaltig umsetzen zu können, empfiehlt der Expertinnen- und Expertenkreis als ersten Schritt eine Halbtagsstelle bei FÖBE einzurichten.

## Bürgerschaftliches Engagement – Daseinsvorsorge – Monetarisierung

Aufgrund einer zunehmenden Instrumentalisierung des Ehrenamtes ist es dringend geboten, die Fachgruppe Monetarisierung baldmöglichst wiedereinzusetzen und fortzuführen. Unter anderem dafür braucht das Sachgebiet Bürgerschaftliches Engagement im Sozialreferat eine adäquate Nachbesetzung der vakanten Team-Leitungsstelle. Sollte eine zeitnahe Besetzung nicht möglich sein, müssen andere Lösungswege durch die Stadtverwaltung gefunden werden.

## Frühzeitige Kommunikation und proaktive Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft

Frühzeitige, kontinuierliche Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und proaktives Zugehen der Stadt- und Verwaltungsspitzen auf die Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Bewegungen sind das Gebot der Stunde. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt sollten sich Zeit nehmen für die Engagierten – hingehen – anhören und Strukturen für einen Austausch fördern, damit diese, die Demokratie stärkenden Bewegungen, von Dauer sind.

Dies gilt auch und besonders für die Ehrenamtlichen in den Unterkünften und Asylhelferkreisen. Stadt- und Verwaltungsvertretungen sollten hingehen, fragen, wie es den Engagierten geht und sie informieren, wohin sie sich bei Problemen wenden können, damit sie in diesem herausfordernden Ehrenamt durchhalten.



## Anhang

### 1. Beschreibung der Entwicklung von gemeinnützigen Organisationen und die damit auftretenden unterschiedlichen förderpolitischen Herausforderungen je nach Entwicklungsstand.

#### 1. Stufe Initiative

Personen, die von einer Sache überzeugt sind und einen Bedarf erkennen der nicht ausreichend abgedeckt ist, gründen eine Initiative oder einen Verein, oft aus der Selbsthilfe heraus. Man geht auf private Netzwerke zu, was die Gründung des Vereins angeht, als auch was die Finanzierung betrifft. Es ist kaum Wissen über Fördermöglichkeiten, Drittmittel oder Vereinsführung vorhanden. In der Stufe ist es oft eine One-Person Show, alle Energie wird in das Thema investiert und es bleibt keine Zeit um sich um Gelder zu kümmern, was hier auch noch nicht im Vordergrund steht.

#### 2. Stufe – Gründung eines gemeinnützigen Vereins, der sich weiter etabliert.

Die Idee zündet, denn man hat offensichtlich einen Bedarf getroffen. Die Anfragen werden mehr. Es braucht mehr interessierte Menschen, um den Anfragen gerecht zu werden. Ehrenamtliche werden geworben. Dienstleister wie die Freiwilligen-Agenturen oder die FreiwilligenMesse oder FÖBE sind in der Stadt bekannt und werden um Hilfe angefragt. Spätestens jetzt braucht man finanzielle Ressourcen um Auslagen zu erstatten, Räume zu mieten oder Nebenkosten zu decken etc.

#### 3. Stufe – Verwaltungskraft gesucht

Die bisherigen Vereinsaktiven schaffen es nicht mehr, die vereinsinternen Notwendigkeiten zu bewältigen. Es wird eine Verwaltungskraft, meist auf 450 Euro Basis, eingestellt. Die Suche nach einer Finanzierung von Personalkosten beginnt. 50% der Vereine sind Kleinstvereine.<sup>8</sup> Sie sind wenig vernetzt, haben noch kein attraktives Profil für Drittmittelgeber und wenig Zeit Gelder zu akquirieren. Sie irrlüchtern und bewerben sich, wenn überhaupt, mit unpräzisen Anträgen.

#### 4. Stufe – Anträge an die Selbsthilfe oder / und an die Kommune

Die Angebote und Dienstleistungen des Vereins werden immer intensiver nachgefragt, das Angebot hat sich meist über Jahre etabliert und gehört zur Versorgungslandschaft der Gemeinde. Über die Selbsthilfeförderung oder/und bestenfalls über eine kommunale Regelförderung ist es möglich einen Verein finanziell abzusichern. Oft gibt es aber erst einmal eine Anschubfinanzierung und das Bangen ob der jährliche Antrag wieder genehmigt wird. Oft müssen Anträge parallel gestellt werden, um am Ende nicht ganz ohne Unterstützung dazustehen. Auch eingestelltes Personal lässt sich hier auf eine unsichere Beschäftigung ein. Es wird einem Verein so nicht gelingen Personal lange zu halten und somit die Qualität der Arbeit zu sichern.

#### 5. Stufe – Hauptamtliches Personal

Der Verein schafft eine dauerhafte Förderung bewilligt zu bekommen und damit hauptamtliches Personal zu bezahlen. Der Nachteil der kommunalen Förderung besteht darin, dass meist 10% Eigenmittel Voraussetzung sind um Fördergelder zu erhalten. An dieser Hürde scheitern kleine Vereine oft, können sich nicht weiterentwickeln. Um zusätzliche Projektgelder einzuwerben stellt man Anträge bei Stiftungen, lässt sich bei den Gerichten registrieren um Bußgelder zu bekommen oder nutzt Crowdfunding Plattformen o.ä. auf Drittmittelakquise. Diese Art der Finanzierung ist

---

<sup>8</sup> Kleinstvereine: Vereinebefragung LHM 2017/18 Kleinstvereine: geringe Vernetzung, wenige Hauptamtliche, Überalterung, geringer Frauenanteil, Fokussierung auf den/die Vorsitzenden/e)

sehr aufwendig und nicht planbar, womit jährlich eine Unsicherheit da ist, ob die Finanzierung gesichert ist oder womöglich am Ende des Jahres Gelder zurückgezahlt werden müssen.

**Bußgelder** haben den Vorteil, dass sie für die Vereinstätigkeit ohne Auflagen gewährt werden. Allerdings sind Bußgelder nicht planbar.

**Stiftungen:** Zunächst muss man eine Stiftung finden, bei der der Stiftungszweck mit den Zielen des Vereins übereinstimmt. Das bedeutet oft eine aufwändige Recherchearbeit. Hat man eine passende Stiftung gefunden, ist es sinnvoll vor dem Antrag telefonisch oder persönlich den Kontakt zu suchen. So ist es möglich herauszufinden ob der geplante Antrag Aussicht auf Erfolg haben könnte. Man muss bestehende Kontakte gut pflegen, was in der alltäglichen Arbeit oft sehr aufwendig ist. Es braucht engagiertes Personal mit einem Talent zur Akquise. Nur sehr selten ist es möglich Gelder für derartige Personalkosten zu erhalten. Stiftungen geben gern Gelder für „neue“, „innovative“ Projekte, welche klar umrissen sind und zeitlich eingrenzbar. Sogenannte „overhead-Kosten“, die dauerhaft anfallen und wichtig für das Fortbestehen eines Vereins sind, werden kaum gefördert und wenn, dann nur zeitlich begrenzt.

**Digitale Plattformen** von Unternehmen: Auch dort muss man sich mit neuen Angeboten und aktuellen Berichten regelmäßig präsentieren und sich immer wieder in Erinnerung bringen. Es besteht keine Planbarkeit, ob man Zuschläge erhält. Es besteht das Prinzip Hoffnung.

In diesem Stadium gerät man in das Fahrwasser, Reserven angreifen zu müssen, um das Personal fortlaufend finanzieren zu können oder um es auszuweiten.

Der Zweck des Vereins wird immer mehr nachgefragt und man möchte in der Sache weiterkommen. **Die Zeit wird aber zu großen Anteilen jetzt für Drittmittelakquise benötigt**, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Professionelle Fundraiser sind kaum finanzierbar, denn sie müssen vorfinanziert werden, bevor sie Ertrag einspielen.

Auch laufende Kosten brauchen verlässliche Zuschussgeber. Mieten und Personalkosten kann man nur im Rahmen eines Projekts anteilig über Stiftungsgelder finanzieren. Das Projekt muss dann meist ein neues sein. Die Basisarbeit bleibt auf der Strecke. Hier stellt sich die Frage wo bleibt die Basisarbeit, also der Vereinszweck der seit der Gründung im Vordergrund steht.

Um Drittmittelgeber auf sich aufmerksam zu machen, muss man viel Öffentlichkeitsarbeit betreiben, viele Kanäle bedienen und social medias sowie Prominente etc. einsetzen. Es geht viel Arbeitszeit verloren, weil man evtl. auf das „falsche Pferd“ setzt.

## 2. Socialentrepreneurship

Social Entrepreneure haben die Mission, eine gesellschaftliche Herausforderung auf unternehmerische Art und Weise zu lösen. Damit setzen sie inspirierende Impulse - sowohl für NGOs als auch in der Wirtschaft.



Social Entrepreneurship (SE) hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Seit 2014 zeigt sich in Deutschland in diesem Bereich eine starke Gründungsdynamik. Unter Social Enterprise wird ein Unternehmen verstanden, welches es sich zum Ziel gesetzt hat, gesellschaftliche (soziale oder ökologische) Herausforderungen mit unternehmerischen Mitteln zu lösen. Das Ziel eine gesellschaftliche Wirkung (Social Impact) zu erlangen, ist gegenüber wirtschaftlichen Zielen vorrangig oder mindestens gleichgestellt.

Meist sind es lokale und regionale Problemlagen, die Social Entrepreneuren den Impuls geben, ein neues Geschäftsmodell zu entwickeln. Dabei spielen Kreativität, Innovation und Digitalisierung oft eine zentrale Rolle. Da der Ansatzpunkt von Social Enterprises oft auf lokaler Ebene liegt, verspricht eine Auseinandersetzung mit der Thematik auch für die Landeshauptstadt München ein großes Potenzial.

Insgesamt haben Social Entrepreneure in Deutschland mit einigen Herausforderungen zu kämpfen. So gibt es beispielweise keine passende Rechtsform. Zudem empfinden die Gründer den Zugang zu Unterstützungsangeboten als wesentliche Hürde, weshalb besonders während der Gründungsphase Finanzierungsprobleme entstehen. Die deutsche Politik vernachlässigt das Thema bisher, während andere EU-Mitgliedsstaaten bereits Strategien und zielgruppengerechte Finanzierungsinstrumente für die Unternehmensform entwickelt haben.

Der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement hat u.a. Gespräche im Impact Hub Munich geführt, um ein besseres Verständnis für die Münchner Social Entrepreneurship-Szene zu entwickeln. Die Impact Hub Munich GmbH ist ein Gründerzentrum, die neben Büroräumen auch unterschiedliche Veranstaltungen für Social Entrepreneure anbietet. Aus den Gesprächen ging hervor, dass der inhaltliche Schwerpunkt von Social Enterprises derzeit auf Problemfeldern wie Armut, demographischer Wandel oder Klimawandel liegt. Trotz vieler Fördermöglichkeiten und einem weitreichenden Netzwerk in München zählen auch hier Finanzierungsschwierigkeiten zu den größten Herausforderungen. Bislang besteht zwischen Social Entrepreneuren und traditionellen gemeinnützigen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden wenig Austausch. Dabei könnte gerade das Erfahrungswissen auf der einen Seite und der hohe Innovationsgrad und die Digitalisierungsaffinität auf der anderen Seite für die jeweils andere Seite gewinnbringend sein.

München, den 18. Oktober 2019

Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement  
Geschäftsführung: FÖBE Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement  
Ringseisstraße 8a  
80337 München  
[www.foebe-muenchen.de](http://www.foebe-muenchen.de)